

# Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 1202.

Telephon Nr. 1202.

Nr. 70.

Donnerabend, den 24. März 1906.

17. Jahrgang.

## Vom Breslauer Schulwesen.

I.

Die Volksschule trägt in Deutschland ihren schönen Namen zu unrecht. Sie ist keine Schule für das deutsche Volk, sondern nur für einen Teil des Volkes, für den ärmeren und ärmsten Teil, für das „niedere Volk“, wie bürokratischer Hochmut es nennt. Das preussische Unterrichtsministerium hat denn auch dementsprechend eine besondere Ministerialabteilung „für die Angelegenheiten des niederen Schulwesens“ gebildet. Unsere Volksschulen, „niederes Schulwesen“, das gehört doch zusammen? Warum? Sozialdemokraten sagen, daß sich in diesen von den Herrschenden geprägten Begriffen nur die im Klassenstaat betriebene Klassenpolitik ausdrückt, hier wie bei hundert anderen Gelegenheiten, dann müssen wir natürlich die Bezeichnung „Heer“ hinnehmen. Die Tatsachen selbst kann man nicht leugnen, aber man ist hehrlich behilflich, bestig geneigt, wenn gewagt wird, diese Tatsachen mit dem richtigen Namen zu nennen.

Es gab eine Zeit, in der auch unsere Liberalen noch mit dem Begriff „Volksschule“ in seiner höheren Bedeutung liebäugelten. Die „Einheitschule“ stand damals noch auf dem liberalen Programm. Man verstand und versteht darunter die Volksschule, in die alle Kinder des gesamten Volkes geschickt werden, die Kinder des Proletariats, wie die des Millionärs. In eine höhere Stufe dieser Schule aufgenommen werden sollten nur diejenigen Schüler, welche mindestens vier Jahre lang die Unterstufe der Elementarschule besucht und das für diese Zeit gesteckte Lehrziel erreicht hatten. Man verbrach sich mit Recht davon für die eigentliche Volksschule viel Gutes, denn wenn auch die Herrschenden ihre Kinder in diese Schulen wählten, hatten sie ein lebhaftes Interesse daran, daß die Volksschule hohen Ansprüchen Genüge leistete. Man verbrach sich aber auch nach einer anderen Richtung hin Gutes von dieser „Einheitschule“. Sie sollte zur Milderung und Veröhnung der Klassengegensätze viel beitragen, sollte die Angehörigen der verschiedenen Klassen schon im Kindesalter, dem empfänglichsten Alter des Menschen, näher bringen und so auf die späteren Lebensverhältnisse der sonst gesellschaftlich weit von einander getrennten Menschen günstig einwirken. Praktisch ist davon nichts wahr geworden, die schönen Träume sind im rauhen Interessentampf der Klassen zertrüben. Hier und da schwärmt noch ein liberaler Eingänger von solchen Dingen, die Liberalen selbst aber haben dort, wo sie noch die Macht dazu hatten in der Kommune, nicht nur zur Verwirklichung dieser schönen Einheitschule nicht das Geringste getan, sie haben jede Gelegenheit benützt, einen etwa noch vorhandenen organischen Zusammenhang der Volksschule mit höheren Schulen gründlich zu zerstören. Und die Breslauer „liberale“ Kommunalverwaltung ist dabei hinter anderen nicht zurückgeblieben, im Gegenteil, sie ist manchen vorangeeilt. Das Mittel dazu war die Begründung von

„Vorschulen“ für die höheren Schulen, dreiklassigen Vorschulen, in welche der wohlhabende und reiche Vater seine Söhne schickt, statt in die Volksschule, um sie für die Aufnahme in die höhere Schule reif zu machen. In Breslau hat jede höhere Schule, Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule und Realschule, die Vorschulklassen.

Das jährliche Schulgeld für den Vorschüler beträgt in den Gymnasien 99 Mark, in den Realschulen 72 Mark, eine Summe, die es den Herren sicherstellt, daß Arbeiterkinder diese Vorschule nicht besuchen. Doch auch diese Entwicklung sehr ungünstige Wirkungen für die Volksschule ergeben, liegt auf der Hand. Verstärkt werden diese noch dadurch, daß man zwischen „niederen“ und „höheren“ Schulen noch „Mittelschulen“ eingeschoben hat, die die Angehörigen jener Bevölkerungsklassen benutzen, welche nicht wohlhabend genug sind, ihre Kinder auf die „hohe Schule“ zu schicken, aber doch so viel besitzen, um das Schulgeld für diese Mittel- oder Bürgererschule bezahlen zu können, das in Breslau jährlich 48 Mark beträgt. So erhält die Volksschule immer mehr den Charakter der „Armenerschule“. Eine den Interessen der Allgemeinheit, dem Volke dienende kommunale Schulpolitik muß mit Entschiedenheit Front machen gegen solche Schulzustände. Unsere Volksschulen müssen mehr demokratisch und mehr sozial ausgebaut werden, sagte treffend unser Genosse Dr. Quara in seiner sehr lesenswerten Abhandlung über „kommunale Schulpolitik“. Und wenn man auch zugeben muß, daß auch in bürgerlichen Kreisen, besonders in Süddeutschland, noch eifrige Vorkämpfer der freien, allgemeinen Volksschule vorhanden sind, so ist doch ihre Zahl, noch mehr aber ihr Einfluß auf die herrschenden Klassen so gering, daß man auch den Schlüßworten der Quara'schen Broschüre zustimmen kann, nämlich, daß dieses Ziel grundsätzlich, mit allem Ernst und aller Kraft nur die Sozialdemokratie anstrebt!

Wenn wir von solchen Gesichtspunkten aus den neuen Breslauer Gemeinde-Stat für das Unterrichts- und Bildungswesen betrachten, kommen wir natürlich nicht zu sehr erfreulichen Resultaten. Das gesamte Unterrichts- und Bildungswesen soll nach dem Voranschlag für 1906 bei einer Einnahme von etwas über 2 Millionen, einer Ausgabe von fast 8½ Millionen Mark einen Gesamtzuschuß von beinahe 6½ Millionen Mark erfordern. Dieser kommunale Zuschuß ist um 667.000 Mark höher wie im Budget veranschlagt, wovon „allein auf das Volksschulwesen“ (so heißt es im Etatsepposee) ein Mehr von über 539.000 Mk. entfällt. Die höheren Schulen (Gymnasien und Realschulen) erfordern dagegen „nur“ ein Mehr von 56.105 Mark, also nur reichlich den zehnten Teil des Mehrzuschusses, den in diesem Jahre die Volksschulen fordern. Freilich kann man diese Zahlen auch anders ansehen, nämlich wenn man sie mit den Schülerzahlen vergleicht. Da kommt denn bei 5163 Schülern dieser hohen Schulen ein Mehrzuschuß von 10,88 Mark auf jeden Schüler, bei den 57.953 Volksschülern aber nur ein Mehrzuschuß von 9,30 Mark auf jeden Schüler. Und wir ziehen diese Berechnung dem ja

zweifellos für den Augenblick wirkungsvolleren Arbeiten mit allgemeinen großen Zahlen vor.

Doch verwellen wir noch etwas bei den Ziffern für die höheren Schulen. Von den fast 6½ Millionen Mark Gesamtzuschuß für das Unterrichts- und Bildungswesen entfallen 1 Million 40.000 Mark auf die höheren Schulen, die höheren Mädchenschulen eingerechnet, welche letztere allein einen Zuschuß von fast 123.600 Mark erfordern, 9800 Mk. mehr als im Budget, was pro Kopf der 928 Schülerinnen einen Mehr-Betrag von 10,56 Mark ergibt. Auch hier ist also der Mehrzuschuß gegenüber dem Vorjahre verhältnismäßig höher, als bei den Volksschülern. Und noch höher ist dieser Mehrzuschuß bei den Schülern und Schülerinnen der Mittelschulen, wo er bei 2517 Schülern nach dem Etatvoranschlag 32.600 Mark, pro Kopf also fast 13 Mark betragen soll.

Viel schärfer zum Ausdruck kommt das, was die Stadt Breslau für die höheren Schüler leistet, in einigen anderen Ziffern. Nach den Angaben des diesjährigen Etats beträgt der städtische Zuschuß für jeden Schüler der höheren Anstalten durchschnittlich pro Jahr 177 Mark, für höhere Schülerinnen 132 Mark. Für die Schüler der einzelnen höheren Schulen stellt sich jedoch dieser städtische Zuschuß wieder in ganz verschiedener Höhe dar. Nach dem jüngst erschienenen Verwaltungsbericht des Breslauer Magistrats betrug 1903 der Zuschuß für einen Schwanastasten 293 Mark, für einen Oberrealschüler 346 Mark, einen Realschüler 194 Mark. Am teuersten kamen der Stadt „die kleinen Mädchen“, die nämlich, die die Gymnasialkurse für Mädchen besuchten, denn für jede dieser wissenschaftlichen Bourgeoisdöchterchen mußte die Stadt im Jahre 1903 457 Mark Zuschuß bezahlen.

Unsere „hohe Steuern“ zahlenden Bourgeois sehen gern geringfügig und gar entrückt auf die „unerschämten Arbeiter“ die das Wahlrecht und was sonst noch alles von der Gemeinde fordern, dabei aber gar keine oder nur ein paar Mark Gemeinde-Einkommensteuer zahlen. Aber sehen wir doch einmal an der Hand obiger Ziffern, was unter Umständen so ein aufgeblasener Herr selbst von der Stadt erhält. Wenn er auch nur zwei Kinder, einen Knaben und ein Mädchen, aufs Gymnasium schickt, so zahlt ihm doch die Stadt dafür 325 u. 437 Mark gleich 762 Mark Zuschuß zu den Erziehungskosten. Ja, aber seine große Steuerleistung? Gemacht! Wenner ein Jahreseinkommen von 10.000 Mark versteuert, zahlt er der Stadt dafür 408 Mark Gemeindeeinkommensteuer, bekommt also noch 354 Mark darauf gezahlt, abgesehen von den vielen anderen Amehmlichkeiten, die ihm die Stadt dazu ganz ohne weitere Vergütung bietet. Und selbst wenn er 20.000 Mk. Einkommen versteuert, also 816 Mk. kommunale Einkommensteuer zahlt, hat er nur erst 54 Mk. mehr an die Stadt gezahlt, wie diese für seine beiden Kinder an Schulzuschuß zahlt. Man sieht, die „hohen Herren“ haben es oft wirklich nötig, stolz auf den „keine Steuer zahlenden“ Arbeiter herabzusehen.

## Stefan vom Grillenhopf.

Roman von M. Kautz N.

(Nachdruck verboten.)

441 In zitternder, leidenschaftlicher Erregung, wie trunken von dem süßen, tosenden Ton der Mandl, zog er sie an sich. „Und wenn ich Dich frage, Mandl: wen hat Dein Herz erwählt, was würdest Du mir antworten?“

Mandl warf sich an seine Brust und schlang die Hände um seinen Hals. „Wie kannst Du noch fragen!“

Er schrie auf: „Mandl, Du liebst mich!“

Sie lachte und meinte an seinem Hals; nur abgerissen und lallend kam es von ihren Lippen: „Och — Du weißt es — längel!“

„Mandl! und Du wolltest mein Weib werden, das Weib eines Krüppels?“

Sie zog ihn zu sich herab, sie lehnte ihre Wangen an die seine und sie flüsterte ihm in's Ohr: „Ich hab' Dich immer lieb gehabt, lieber als alles auf der Welt; aber so ganz tief hab' ich Dich doch erst in's Herz geschlossen, seit Du wieder zurückgekehrt bist, seitdem ich Dich gerettet in jener Nacht und Dich nachher gepflegt und gewartet hab' und um Dich gekümmert; und seit sie Dich verlassen, diese Valerie, und Du hernach besser geworden bist, seitdem hab' ich Dich als mein betrachter, und ich hab' immer geföhnt, daß es einmal so kommen wird und daß Du mich als Dein Weib an Dich nehmen wirst; aber es war nicht schön von Dir, daß Du mich so lang' — so lang' hast warten lassen.“

Stefan brühte einen langen, ersten Kuß auf ihre Lippen, ihm solaten ungezählte nach, und jede seiner Liebesworten wurde ihm mit gleichem Feuer und mit gleich seliger Sinaade zurückbezahlt. Er fürchtete nicht mehr, sie zu umarmen. Beide hatten in ihrer unaussprechlichen Seligkeit alles um sich vergessen, es dauerte lange, bis sie wieder einigermassen zu sich selbst kamen. Da fuhr Stefan in plötzlichem Schred in die Höhe: „Gans — wo ist er?“ Er ging, ihn suchend, durch den Hof; er war nicht mehr da, er hatte sich längst entfernt. Stefan wollte ihm nach, ihm alles aufkären, aber, dachte er, er war ja selbst Zeuge, er weiß ja, wie alles gekommen, und er muß mich freisprechen von jeder Verschuldung, ich kann ja nichts dafür, daß ich der Glückliche bin, den Mandl liebt. Und zu weiterer Beruhigung sagte er sich, wie des Freundes Neigung für dieses Mädchen noch ihm und unentwidelte set, wie sie der Auffachung durch

einen zweiten erst bedurste, um ihm nur zum Bewußtsein zu kommen. Wie anders war es mit ihm! Wie lange liebte er die Mandl! Und jetzt süßte er es, daß er in seinem Leben nur sie geliebt hatte, empfand er doch jetzt zum ersten Mal die Wonne, die kein heißes Herz ersehnt, empfand zum ersten Mal den unendlichen Zauber ewiglicher Liebe. Wie hätte er sich auch jetzt von Mandl trennen können! Sie sah auf seinem Schob, die Arme um seinen Hals geschlungen; und Wange an Wange lagen sie da, und Mund an Mund, und die laue, milde Nacht umgab sie mit ihrem beschwiegenden Dunst. Sie tauchten all' die Geheimnisse ihrer Seele und ihrer Liebe. Jetzt erst erfuhr er, was sie für ihn gewagt in jener Nacht, wo sie ihn über dem Abgrund gefunden, in dem Gestir verwickelt, und wie sie zu ihm hinabgestiegen und bei ihm geblieben, bis die Keller gekommen waren; und dann erzählte sie ihm, denn sie wollte kein Geheimnis vor ihrem künftigen Manne haben, von ihrer Herkunft, von ihrer Mutter. Sie erzählte ihm, wie sie mit Valerie herbeigekommen sei; sie beschrieb den ganzen Aufritt mit ihr und wie die Gräfin sie mit sich fortnehmen wollte, um sie von ihm zu trennen, und wie denn! sie es damals geföhlt, daß die neugefundene Mutter keine Nacht über sie habe, und wie ihr Herz ihm, ihm allein gehöre. Und nun folgten weitere Ausfürungen, Geständnisse, Beteuerungen; und dann wurde es wieder stiller, denn sie küßten sich jedes Wort von den immer begehrtlicheren Lippen.

Die ersten Strahlen der Morgen Sonne zeigten nun im Osten, als Stefan sein Mädchen verließ und den Hof hinausstehend, dem Hause des Gemeindevorstands zuschritt, um dasselbst sein Zimmer aufzusuchen, das er mit Gans teilte. Er trat schachte ein. Und als er jetzt den Drcker der Studentar in der Hand hielt, überkam ihn ein undefinites Gefühl der Angst. Wie hat er sich ausgenommen — der Arme! Noch aderte er, einzutreten. — Da überzog sein Gesicht mit einem Male ein Rätsel, gutmütig und schalkhaft und nicht ohne teise Ironie. Er hatte Gans da drinnen ganz deutlich schnarchen gehört. „Er schlüft, er tonat schlafen“, rief er aufatmend, bei ihm ist's nicht allzu tief gegangen.“ Er öffnete die Tür und trat ein; bei dem hierdurch verursachten Geräusch erwachte Gans.

Als er Stefan erblickte, wandte er sich unmutig um, der Neuer zu.

Aber schon war dieser bei ihm, er setzte sich auf das Bett und ergriff seine Hand. „Vergiß mir, Gans“, dat er innig.

„Weiß sie, weshalb ich gekommen war, und hat sie mich richtig ausgedacht?“

„Gans, Du denkst das nicht im Ernst. Nichts weiß sie, sie hat keine Ahnung von Deinem Vorhaben. Sie hält Dich für meinen Fürsprecher und ist Dir dankbar für Deinen Liebesdienst.“

„Ein sehr unfreiwilliger Fürwahr“, meinte Gans bitter. „Aber immerhin muß ich Dir noch für diese Rücksicht dankbar sein.“

Wieder suchte Stefan die Hand des Freundes zu erfassen, die dieser aber holdwillig unter die Decke zurückzog.

„Du zürnst mir ernstlich, Gans“, sagte Stefan in flehentlichem Ton; „ich selbst komme mir Dir gegenüber recht schuldig vor; aber Du weißt doch, wie alles gekommen war.“

„Ja, ich hatte Augen und Ohren; freilich, ich war ein dummer Kerl, daß ich glauben konnte, mich könnte einmal eine gern haben, nachdem sie Dich, den Unwissendlichen, gesehen.“

„Gans!“ bat Stefan noch beweglicher.

„Ja“, fuhr dieser, sich in den Zorn immer mehr hineinredend, fort, „ichon einmal hast Du Dein Spiel mit mir geübt, hast mich ein Mädchen aufsuchen lassen, nachdem Du Geständnisse mit ihr getauscht und es längst in Deinem Plan gelegen hatte, sie für Dich zu gewinnen; damals hatte ich nur ein geringes Recht auf Dein Vertrauen, aber diesmal, glaube ich, hätte ich Aufrichtigkeit von Dir wohl fordern dürfen.“

„Was hätte ich Dir sagen sollen? Daß wir beide uns nicht gleichgültig waren, das wußtest Du, und Du sagtest selbst, Du warest der Meinung, aus uns würde ein Paar, — Du hast dieses Vorhaben also erwartet.“

„Zwei Jahre lang, — ich denke, ich war gebulbig genug, aber da dieses Vorhaben nicht zum Entschluß reifen wollte —“

„Aus Furcht, Gans, aus Scham; nach dem, was ich einmal erfahren, was mir in einer mein Gefühl so tief verletzenden Weise geoffenbart wurde, konnte ich es ja nicht wagen, noch einmal ein Mädchen um seine Liebe zu bitten, es erschien mir als ein frebles, ungeheuerliches Begehren, und je heißer ich Mandl liebte, je mehr ihre jungfräuliche Reiz mich gefangen nahm, um so ängstlicher zog ich mich vor ihr zurück. Ich weiß nicht, was aus mir geworden wäre! Gestern, als Du mir sagtest, Du liebest sie auch, da ersah ich rasende Eiferjucht, und doch sagte ich mir, er ist ihrer würdiger und er wird sie glücklicher machen können, als Du, und des Bewußtseins meines Stands kam über mich und es machte mich launiglos, und ich —“

(Fortsetzung folgt.)

**Politische Uebersicht.**

Die **Marokkanische** wird fortgesetzt. In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung des „Komitees“ — die Konferenz tagt abwechselnd mal als Komitee, dessen Verhandlungen „unverbindlich“ sind — wurde das Gehalt der Polizei-Instrukteure für Marokko festgesetzt. Die Allgemeine des Komitees stellte den Antrag, daß der Inspektor als Adjunkt eine allgemeine Inspektion vornehmen und jeden der Häfen besuchen soll, sobald irgend ein Zwischenfall seine Anwesenheit dort nötig macht. Nach jedem Besuch soll der Inspektor einen Bericht abfassen, der offiziell an den Sultan gerichtet ist und dem diplomatischen Korps in Tanger mitgeteilt werden soll. Die letzte Wendung besteht sich darauf, daß die deutsche Diplomatie bekanntlich die „Souveränität“ des marokkanischen Selbstherrschers auf jeden Fall wahren will. Da macht man denn solche Scherzreden, um der deutschen Eitelkeit zu schaden. Im übrigen wechelt die „Nordd. Allg. Anzeig.“ das Willoy-Organ, darüber, daß Kurland, der liebe Vetter, jetzt plötzlich seinen deutschen Verdienste am Stich läßt und trotz aller politischen Verdienste auf die französische Seite tritt! Ja, Undant ist der Karenderers Lohn! Aber wohlverdient ist er auch.

Die **Steuerinhaber bei der zweiten Lesung.** Aus Berlin wird uns vom Donnerstag gemeldet: Die Steuerkommission des Reichstages beharrt auch in zweiter Lesung bei den Kilometerzuschlägen auf Fahrkarten, hob dagegen den Beschluß auf Besteuerung der Ansichtskarten auf. Die Automobilsteuer wurde gleichfalls im wesentlichen nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen; nur die oberste Grenze der Pferdesteuer, nach deren Höhe die Steuer zu bemessen ist, wurde von 20 auf 25 erhöht. Die Quittungssteuer wurde auch in zweiter Lesung abgelehnt. Bei der Abstimmung über die Kilometerzuschläge fehlte die Kommission mit 11 gegen 10 Stimmen. Die Abordnung der Nationen und Genossen beantragen, an Stelle der Steuer auf Ansichtskarten erneut die Einführung einer Pantomimesteuer.

Die **königlich bayerische Post und die Freidenker.** Aus München wird uns geschrieben: Die Generaldirektion der bayerischen Posten und Telegraphen läßt sich als freiwillige Stütze von Staat und Kirche bezeichnen. Sie erläßt einen Ukas an ihre Beamten, der mit den Worten beginnt:

„Das Münchener Freidenkerorgan „Die Wahrheit“ hat in jüngster Zeit einen Anlauf an die Schüler und Schülerinnen der höheren Unterrichtsanstalten erlassen, wobei die Freudenker-Aufklärung an den die Unterrichtsverwaltung der Relationen angeordnet wird; hierbei werden namentlich die Lehren des Religiösumunterrichts und die Tatsachen der Kirchengeschichte als unwahr, ungläubig und unzulässig hingestellt, es wird das Göttliche gelänzt und überdies die Religiösumlehre als veraltet, antiquarisch u. s. w. erklärt.“

Der kirchenfreundliche blau-weiße Oberpolitrat fährt dann fort die Gefahr des Aufstiegs für das öffentliche Wohl und die Sittlichkeit mit brennenden Farben zu schildern und erklärt schließlich die Sendungen auf Grund von § 7209, Abschnitt I der R. b. Postordnung von der Beförderung für ausgeschlossen. — Der Herr Postenrat sollte füglich das Amt über Sittlichkeit und Religiosität der Schüler und Schülerinnen zu machen, den Direktoren und Lehrern der betr. Schulanstalten überlassen. Dem Münchener Freidenkerbund aber raten wir, seine aufklärenden Sendungen im verabschiedenen Kupert fortzusetzen, schon um zu konstatieren, ob es auch bei der bayerischen Post, wie man vermutet, ein schwarzes Kabinett gibt.

Eine **Fleischnot existiert nicht**, sagen die Agrarier, die Hüter der Viehhäute. Aber eine Fleischnotung sind sie so gütig umgeben. Es am Freitag auch der Kararier Ring, der Vater der Milchringe, in einem Vortrag in Danabrück. Aber was macht das aus? Wir Agrarier sitzen sicher im Sattel:

Der Landwirtschaftsminister ist ein ganzer Mann, ein Mann mit Würde, wobei man allerdings bedenken muß, daß einmal auch andere Leute das Heil in der Hand haben können. Eine Schwärzungsleistung ist vorhanden, allein niemand sei bei seiner Geburt das Recht zuteil geworden, sein ganzes Leben hindurch Schweinefleisch zu essen. Gegen Inzucht ist ein heftige Kampfbewegung und kein Protest der Regierung. Die große Schlachthoforganisation ist verfehlt. Es sei dies für die Verantwortlichen des Reiches eingetrieben, sobald der Herr Reich jeder Stadt Vieh einschlechts und das Vieh dann eingekauft werden könne. Wehren bringt Ehren! Im übrigen werden wir uns in den nächsten zwanzig Jahren noch höchlich wehren müssen!

Es gibt eben zweierlei Geburtsrechte: eines für die Besizenden, sich's wohl sein zu lassen und sich die Taschen zu füllen, und ein anderes für die Besizlosen, zu darben und sich abzuraden, ohne das Nötigste zum Leben zu erwerben.

Darüber, in welche Rechtsphäre man hineingerät, entscheidet der Zufall der Geburt, wie über die räumliche Grenzlinie, die alles ausländische Fleisch fern hält, die „Zufälligkeit“ entscheidet, daß den Kararier eine fleischlose bürgerliche Mehrheit Viehtriebdienerse leistet. Aus strecken und reden sich die fatten Halbleibenden vor ihren Stallfüren und verköhnen die darbenenden Millionen, die nicht wissen, wie sie sich und die Ihren anstreichen ernähren können. Denn ein Recht zum Essen, Dump, haben nur die Schweine haben . . .

**Patriotische Massenfabrikation.** In einer Ecke der „Zagl. Rundschau“ finden wir folgende hübsche Anknüpfung:

Um die Heilbelaktionen anlässlich der silbernen Hochzeit unseres Kaiserpaars in eine höhere künstlerische Sphäre zu rücken — was ja auch nicht schaden gelangen ist — hatten die Herren Gebühler Mikeli (Bildhauer-Vater, Berlin NW., Unter den Linden 71) ein recht erhebliches

Opfer gebracht, indem sie vielen Gelehrten und Künstlern in der verstreuten Distanz des Reichs und der Kaiserin schenken ließen, wobei natürlich vermieden wurde, daß die künstlerisch wertvolle Vorzüge an bedauerlichen Stellen ungenutzt bemerkt werden. Nachdem nun der Reichsadel verausacht ist, hat sich in den Kaiserlichen dieser Firma ein so großer Vorrat der Werke beider Majestäten angehäuft, daß die genannte Firma sich entschlossen hat, die Werke an einem erheblich ermäßigten Verkaufspreise abzugeben, in der angebotenen Absicht, Schulen, Gymnasien, Universitäten usw. die Anschaffung guter Büsten des Kaiserpaars zu erleichtern.

Vielleicht finden sich genügend patriotische Deutonenlesen, die die Massenfabrikanten von dem allzureichen Segen ihrer „künstlerisch wertvollen“ Büsten befreien helfen.

Reueß von der **Puttkamer-Couffine** bringt die „Frankf. Hg.“ bel. und zwar belehrt das Blatt den milden Prinzen von Hohenlohe eines Besseren. Der Leiter der Konsulatabteilung will die Möglichkeit geben lassen, daß Puttkamer seine Mattresse selbst für eine Freilin von Edarstein gehalten und ihr demnach auf gläubig einen Paß auf diesen Namen ausgestellt habe. Da geht dem Blatte eben folgende Mitteilung von bloßer Seite zu unterrichteter Seite zu, die es zwar nicht auf die Richtigkeit jeder Einzelheit prüfen kann, die aber mit anderen Mitteilungen zum großen Teil übereinstimmt:

Marie Dieckhoff alias Marie Ede, identisch mit Freilin v. Edarstein, ist am 16. September 1902 mit Puttkamer und dessen Adjutanten v. Grommer (u. Pramisa?) und Oberleutnant Brauchitsch, jetzt Regierungsrat von Puttkamers Gnaden, an Bord des Dampfers „Lucie Bernmann“ gekommen. Die sogenannte von Edarstein besaß eine Kabine zweiter Klasse, Kabine 2, und war in der offiziellen Liste nicht mit Namen angesetzt, wohl aber in einem nicht offiziellen Nachtrag als Marie Dieckhoff. Auf ihren Ehesten veranlaßt der Name Marie Dieckhoff. Sie selbst hat kein Recht darauf gemacht, daß sie Puttkamer in einem Lebensverhältnis in Berlin kennen gelernt habe und dieser sie aufgefordert habe, gegen eine Besatzung mit nach Kamerun zu gehen. Gleich bei ihrer Ankunft an Bord hatten der Kapitän und seine Offiziere auf den ersten Blick erkannt, daß die Dieckhoff eine Berliner Dame sei Puttkamers Begleiterin. Puttkamer hat den Oberleutnant anforderte, für sie zu sorgen. In Kamerun hat der Oberleutnant im Auftrage Puttkamers für die sogenannte Edarstein Sachen einzukaufen müssen. Während der Reise nach Kamerun wurde Selt in Kamerun verteilt und fast immer Casard gespielt; die Witzbiller mußten sich wegen ihrer Spielverluste von der Schiffsbefehlsung Geld leihen. Als das Schiff in Kamerun ankommen war, weigerte sich die Dieckhoff, an Land zu gehen; der Polizeimeister mußte sie auf eine Aufforderung Puttkamers hin an Land bringen. Sie hat dann mit Puttkamer im Regierungsaufzuge gewohnt und ist mit ihm abgefahren und erst. Puttkamer ließ sich von Bord noch maulenhaft Probiert auf seine Nacht bringen. Die Schiffsbefehlsung erhielt später in Hamburg Bescheid, daß sie zu spät gemeldet worden sei. Bemerkte sie noch, daß die Dieckhoff ihren Namen in das Passage-Billet eigenhändig geschrieben hat.

Die **bestreite Eisenbahndirektion.** In Frankfurt a. M. ist im Bereiche der Eisenbahndirektion ein Streit ausgebrochen, aber nicht Arbeiter sind die Streitenden, sondern — Kerle. Well nämlich die Direktion nicht die freie Wahl einführen will, haben die bei der staatlichen Eisenbahnbetriebs-Krankenkasse angestellten Kerle ihre Tätigkeit eingestellt. Aus angeblichen Gründen der Staatserhaltung verwehrt man den Eisenbahnarbeitern das Streikrecht, die staatsbehaltenden Kerle aber dürfen streiken.

**Innungen und Parteipolitik.** Der Bund Deutscher Schuhmacher-Innungen hatte auf seinem Verbandsstage in Hannover die Angliederung der Schuhmacher-Innungen an die Deutsche Mittelstands-Vereinigung beschlossen. Nach der Gewerbeordnung aber haben die Innungsverbände nur das Recht, zur Wahrnehmung der Interessen der in ihnen vertretenen Gewerbe, der Innungen, der Innungsausschüsse und Handwerkskammern und der Verfolgung ihrer gesetzlichen Aufgaben, sowie die Behörden durch Vorschläge und Anregungen zu unterstützen, sie sind ferner nur beauftragt, den Arbeitssnachweis zu regeln, sowie Fachschulen zu errichten und — falls ihnen das Recht durch den Bundesrat verliehen worden ist — gemäß § 104 der Gewerbeordnung auch Unterstützungsstellen zu errichten. Das Berliner Polizeipräsidium hat nun den Voritzenden des Bundes, Kommissionsrat Eiser darüber inquiriert, ob bereits Beiträge zur Vereinigung gezahlt worden sind oder ob die Zahlung rückgängig gemacht werden wird. Der Voritzende erwiderte, daß der Vorstand dem in Hannover gefassten Beschluß nicht Folge gegeben habe. Der Verband habe Beiträge an die Bundeskasse nicht geleistet, jedoch seien von ihm, dem Voritzenden, persönlich 25 Mk. zur Unterstützung der Bestrebungen der Mittelstandsvereinigung überwiesen worden. Was die bürgerlichen Parteien den sozialdemokratisch geleiteten Krankenkassen nachreden, nämlich daß diese Einrichtungen zu parteipolitischen Zwecken „mißbraucht“ würden, das treiben die bürgerlichen Parteien selber, wo und wenn sie können. Darum geschieht es ihnen nur recht, wenn sie von den Behörden ebenfalls ins Gebet genommen werden.

„Die **Arbeiter sind die schlechtesten Arbeitgeber.**“ Unter dieser Epithete geht ein Artikel durch die gegnerische Presse, der Bezug nimmt auf eine Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter, in der man sich um die Gehälter der Angestellten stritt und das Bestreben zeigte, die Gehaltsfrage möglichst herunterzudrücken. Der „Vordwärts“ bemerkt zu dem Artikel:

„Proletariat solltet die Zustände-Verhältnisse ihrer Verantwortlichen vom Standpunkt der Arbeiter aus regeln, nicht von dem der Unternehmer. Der ausgeklärte Proletariat aber trachtet nach Verbesserung seiner Klassenlage und wird als Grundvoraussetzung für die Befreiung nicht die Erziehung des schlechtesten Arbeiter annehmen; dies zu tun ist eine Eigenheit des selbstbeständigen Unternehmertums. Was die Arbeiterchaft für sich erwirken will, muß sie folgerichtiger den Vertretern ihrer Interessen freizulassen, denn diese ist zur Erzeugung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Mittel bereit, das den Arbeitern freisteht: eben das des Kampfes, der sich ja gegen die eigenen Klassenangelegenheiten richten müßte. Wenn aber die bürgerliche Presse sich heuchlerisch der Gewerkschaftsbeamten gegen die Arbeiter zugewandt, so sei davon abgesehen, daß sie am 24. Tagen im Jahre — und in Schall-

jedem an 205 — dem auf diese selben Beamten als Ozean und Beschläger fällt, die sich von den Größten der Arbeiterbewegung ableiten. Auch das Wort vom Wästen und Arbeiterbewegung ist keine Erklärung aus proletarischen Kreisen, sondern stammt von den Tintenschälern, die der Arbeiterchaft bei jeder Lohnbewegung in den Rücken fallen.“

Von Schlagworten dieser Herkunft kann die Arbeiterchaft sich in ihrem Tun kaum lassen.

Die **Denkmäler gemacht werden.** Aus Straßburg schreibt uns unser W. Korrespondent vom 20. März: Wästen bracht die brutale Sitzung des Landesauschusses eine höchst interessante und nach mancher Beziehung lehrreiche Debatte, die freilich bereits ihr Vorbild gehabt hatte. Bei der zweiten Sitzung des Landes Ausschusses hatte nämlich der Demokrat Blumen-thal im Auftrag der 3. Kommission die Herabsetzung des Dis-positionssatzes des Statthalters um allen unvorhergesehenen Ausgabebelastungen auf 100,000 Mk. für nächstes Staatjahr angefordert. Auf die Fragen von Eimmel nach der bisher erfolgten Verwendung blieb jedoch Herr Blumen-thal die Antwort schuldig, ohne einen sachlichen Grund für diese demokratischen Grundfragen durchaus nicht entwerfende Geheimrede vor der Öffentlichkeit an zu lassen. Insofern konnte die „Freie Presse“, unter diesem Verbleibe, dann darauf mitteilen, für das in Straßburg zu errichtende Denkmal Kaiser Wilhelms I. seien 160,000 Mark aus dem Dispositionssatz bewilligt worden, und in der heutigen Sitzung stellte unser Genosse Eimmel bei dem Punkt „Rechnungsprüfung“ die Frage, was an dieser unzulässig klingenden Nachricht wahr sei, und wieviel denn die „Patrioten“, denen die Errichtung des Denkmals so sehr am Herzen liege, für den Zweck geleistet hätten? Der Staatssekretär v. Röller, der auf dieses Intermezzo nicht gefaßt war, antwortete in allgemeinen Redewendungen ganz kurz, ein privates Komitee habe sich an den Statthalter gewandt. Diese sehr lakonische und wenig folgende Orientierung war Herr Blumen-thal nun zu erörtern gezwungen. Er teilte mit, die Kosten für das Denkmal betragen 240,000 Mk., von denen der Staat 80,000 Mk., der Rest, also 160,000 Mk., durch private Sammlungen gedeckt worden sei, während der Rest, d. h. 75,000 Mark, aus dem Dispositionssatz kam. Das Denkmal werde lediglich ein Regierungsdenkmal sein. Herr von Röller war in großer Verlegenheit. Er bezeichnete die Darlegung der Frage als „unangenehm“ und „unmöglich“ — wozu er sich einen energischen Protest seitens der Anwesenden holte — und meinte, der Landesauschuss habe sich nie zu der Verwendung des Dispositionssatzes geäußert, also sein Einverständnis erklärt. Im übrigen seien die unvorhergesehenen Ausgaben. Diese Ausgaben wurden in der weiteren Diskussion sowohl von unserem Vertreter Eimmel als auch von den Herren Abg. Blumen-thal, Preiß und Wetterle (die beiden letzteren Merkel) völlig zerstückt. Es wurde zunächst darauf hingewiesen, daß die Regierung an den Landesauschuss offen hätte herantreten können, wenn sie an seine Zustimmung glaubte. Auch seien die aus dem Dispositionssatz gedeckten Ausgaben durchaus nicht unvorhergesehen. So wisse man sehr wohl, teilte Herr Blumen-thal mit, daß man 19,000 Mark für die Umgestaltung der kaiserlichen Residenz in Cassel brauche. — Die Steuergelder werden aus dem bestimmten Debitat manchem lernen. Das Kaiser Wilhelms-Denkmal aber, das wir „unangenehmem Patriotismus“ verdanken, wird sich großer Popularität erfreuen!

**Wästen der Scherfmaherorganisationen.** Der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller war am Dienstag zu einer Sitzung in Dresden zusammen, um hauptsächlich die Fragen der Gründung einer Gesellschaft zur Entscheidung der Unternehmern bei Arbeits-einstellungen zu besprechen. Die zu gründende Gesellschaft zur Entscheidung der Unternehmern bezieht sich auf sämtliche Mitglieder des Verbandes, mit Ausnahme der zur Textilindustrie gehörenden, da für die letzteren bereits durch den Verband von Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie eine Organisation zur Abwehr von Streiks besteht. — Die Arbeiter haben es ganz in der Hand, dafür sorgen zu können, daß die Büchse der Kapitalproben nicht in den Himmel wachse.

Der **konstitutierte Druckfächer.** Die „Mitteld. Sonntags-Beilage“, unser sächsischer Parteigänger, ist beschlagnahmt worden und zwar die Nummer vom 11. März. Das Blatt hat, wie andere Beilagen auch, aus einem oberbessischen Kreisblatt die darin enthaltenen drohenden Druckfächer wegen eines Notiz wiedergegeben über die Silberhochzeit des Kaiserpaars. Darob droht der Gegengewalt aus den Fragen zu gehen.

Die **deutsche Eisenbahngemeinschaft.** Am 2. April wird in Berlin eine neue Konferenz mit Vertretern der sächsischen Regierung und der sächsischen Regierung über die Eisenbahnpersonalreform und über die Betriebsmittellgemeinschaft stattfinden.

Was **christliche Wästen sich strafflos erlauben dürfen.** Ein „Christlicher“, der sich mit zwei Kumpanen in Berlin in das Dienstanwesen der ausländischen Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes begeben hatte, um zu lauschen, und der, als er darüber zur Rede gestellt wurde, mehreren Ausständigen sofort eine Daudvoll Pfeffer in die Augen warf, stand jetzt vor dem Schönengericht. Zwei Mitwisser behaupteten als Zeugen, der Angeklagte habe erst den Pfeffer geschleudert, als sie mißhandelt worden seien; die als Zeugen vernommenen Ausständigen bezeugten aber mit aller Bestimmtheit, daß man die Bücher erst geschleudert habe, als der Angeklagte seine tödliche Latweiß hatte. Der Angeklagte, Josef Kieze mit Namen, behauptet, er habe sich durch die Mißhandlung seiner beiden Freunde „bedroht gefühlt“; die Gefährlichkeit des Pfefferwerfens habe er — nicht gesamt! Der Staatsanwalt führte aus, der Angeklagte habe sich mit Vorbedacht die Tasche mit Pfeffer gefüllt. Wenn auch andere geschlagen worden seien, so sei der Angeklagte nicht geschlagen worden. Anderen Menschen Pfeffer in die Augen zu werfen, sei eine gemeine Handlung. Während sel, daß die Tat aus Parteihasse hervorgerufen sei. Er beantragte daher nur 40 Mark Geldstrafe. Nach den Kläuber des Vertheidigers trat einer der Zeugen nochmals vor und erklärte: Der Angeklagte hat den Pfeffer geschleudert, es je wand geschlagen worden ist! Das Gericht glaubte jedoch den anderen Zeugen und sprach den Angeklagten frei; dieser habe in Notwehr zu handeln geglaubt; das angewandte Mittel sei auch nicht berart, daß der Angeklagte die Grenzen der Notwehr überschritten habe. — Von unserer Justiz erlebt man täglich neue Wunderdinge.

**Aus Rußland.**

**Die Furcht der Kapitalisten.**

Aus Kiew wird berichtet: Der Bankrott in Moskau hat die diesigen Kreditinstitute sehr nervös gemacht. Der Direktor der Reichsbank versammelte alle Direktoren der Privatbanken zu einer Sitzung. Es wurde beschlossen, alle Institute durch Glodenleitung mit der Post zu verbinden, wo eine starke Militärpolizei steht und auf jeden Alarm zur Hilfe eilt. Auf der Post, der Reichsbank und der Sparkasse stehen bei den Schaltern Soldaten mit angelegtem Bajonett. Der Generalgouverneur hat verblüdet, daß er alle an dem Bank Beteiligten dem Militärtribunal übergebe.

**Partei-Angelegenheiten.**

**Aufruf!**

Parteiengenossen! Bis vor kurzer Zeit haben wir es unsere Weltanordnung und den großen Buffen des Kapitalismus überlassen, die Finger des Proletariats in die Kampfreifen der Arbeiterbewegung zu bringen. Das wird uns damit nicht mehr denjenigen dürfen, diese Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn in der Partei. Ein berühmter Psychologe sagte: Im allgemeinen wird der Mensch sich in derjenigen Richtung weiter entwickeln, in welche er zwischen dem künftigen bis zum nächsten Jahre hineingebracht wurde

**Das Schicksal der Arbeiter.**

Bunzlau, 22. März. Demnächst soll für die alljährliche Wahl der Reichstages-Abgeordneten der Wahlbezirk der Arbeiter gewählt werden. Die Wahl der Reichstages-Abgeordneten ist ein wichtiger Schritt zur Erreichung der Ziele der Arbeiterbewegung. In diesem Wahlbezirk sind die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Wahl der Reichstages-Abgeordneten ist ein wichtiger Schritt zur Erreichung der Ziele der Arbeiterbewegung. In diesem Wahlbezirk sind die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Uns ist dagegen die Sache nicht so schwierig, denn so lange es uns nicht möglich ist, selbst unseren Kandidaten durchzubringen — und dies wäre uns in diesem Jahre doch noch nicht gelungen — ist es uns auch sehr gleichgültig, ob ein Konservativer oder ein Freisinniger den Wahlkreis vertritt. Die Arbeiterpartei hat von keinem eine Vertretung ihrer Interessen zu erwarten und so mag Herr Kern ruhig bis zum Jahre 1906 auf dem Sessel der Reichstages-Abgeordneten verharren und Herr Meyer sehnlichst nach diesem Platz ausschauen; kommt denn die Zeit, dann reden wir ein Wortchen mit Trophimow und Herr Heine genügt den Beschlüssen der Wahlprüfungs-Kommission für einfach widersinnig und unhaltbar zu verwerfen. Der Herr Heine, daß infolge mancher Unregelmäßigkeiten, dritteljährliche Abstimmungen durch Amtsvorsteher, Bürgermeister u. dem freisinnigen Kandidaten Dr. Doormann in der Hauptwahl so viel Stimmen abgestimmt seien, daß ohne jene Verträge gegen das Wahlreglement der freisinnige Kandidat, der nur um 46 Stimmen hinter dem Sozialdemokraten zurückgeblieben war, in die Stichwahl hätte gelangen müssen und dann höchst wahrscheinlich gewählt worden wäre. Die Beobachtungen ergaben nun in drei Fällen die Bestätigung der im Protest aufgestellten Behauptungen, unter anderem auch hier, daß von dem Gelde des Herrn Rittergutsbesizers Kern dessen Arbeiter mit Bier, Schnaps und Zigarren traktiert worden sind; außerdem aber vom Inspektor des Rittergutes bearbeitet und kontrolliert wurden, daß sie die Stimmen für Kern abgeben mußten. Von wesentlicher Bedeutung ist das Eingreifen des Bürgermeisters Faulhaber aus Müden in die Wahlbewegung. Dieser Herr hat am Abend vor der Wahl eine konfessionelle Arbeiterversammlung geleitet und die Wahl des Abgeordneten Kern empfohlen. Mit 5 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmenthaltung erlachte darin die Kommission eine ungünstige, amtliche Wahlbeeinflussung. Der Antrag des Referenten, Abgeordneten Kerzen (Freis. Opt.), die für Kern in Müden abgegebenen 243 Stimmen zu kassieren, und dem unterlegenen Dr. Doormann hinzuzuzählen, wurde trotzdem mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Schon aus diesen Ziffern geht hervor, daß es sich nur um einen Zufallsbeschluß handelt und daß es im Plenum des Reichstages sicher zu ausführlichen Auseinandersetzungen kommen wird, zumal auch, wie freisinnige Blätter wissen wollen, formelle Bedenken gegen den Bericht vorliegen.

**Neueste Nachrichten. Eine Intervention der deutschen Regierung.**

Die Blättermeldung, daß ein deutscher Reichsangehöriger Johanen wegen Beteiligung an den polnischen Unruhen in Minsk zum Tode verurteilt worden ist, hat Anlass zu konsularischem Einschreiten gegeben. Der deutsche Generalkonsul in Minsk sucht persönlich den Generalkonsul in Warschau zu verständigen, um die Verurteilung des Johanen nicht der geringste Anhaltspunkt, daß Johanen die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

**Genossin Rosa Luxemburg**

Soll, wie die „Kolna“ berichtet, vor ein Kreisgericht gestellt werden, obwohl man ihr nichts anderes, als sozialistische Agitation unter den Arbeitern vorwerfen kann. Vorläufig ist die Agitation in X. Pawlow der Warschauer Strasse interniert. Ihre Verhaftung soll im letzten Augenblick vor ihrer Abreise nach Parisland erfolgt sein. Auf eine Demonstration hin wurde sie von Polizeibeamten aus einer Droste geholt, mit der sie zum Warschau-Wiener Bahnhof fuhr, um die Heimreise anzutreten.

**Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.**

	22. und 23. März	Mäch. 3 Uhr	Abends 9 Uhr	Morg. 7 Uhr
Luftwärme (C.)	+ 0,6	+ 0,6	- 0,4	- 1,0
Luftdruck bei 0° (mm)	750,5	749,3	744,6	744,6
Donnerdruck (mm)	2,4	2,9	2,9	2,9
Dunstfälligkeit (pCt.)	51	65	88	88
Wind (0-12)	W 3	D 4	D 2	D 2
Wetter	wolkig	bewölkt	bewölkt	bewölkt

**Briefkasten.**  
R. Gebhartsche. Die gekauften Aktien braucht die Arbeit nicht mehr zurückzugeben.  
O. R. 100, Bismarckstr. Reut!

**Freie Arbeitervereine in Wien.** (Mitgl. d. Arbeiter-Landesverbandes) Die regelmäßigen Versammlungen finden statt: 1. Abteilung (Männer): Jeden Dienstag und Freitag, Abends von 8-10 Uhr; — 2. Abteilung (Frauen): Jeden Montag und Mittwoch, Abends von 8-10 Uhr; — 3. Abteilung (Frauen): Jeden Donnerstag Abends 8-10 Uhr, in der städtischen Schulaula, Waterloostrasse.

Verantwortlich für die Redaktionen: „Dresdener Nachrichten“, Auslieferung und Postamt, das Postamt und die Postämter. — Redaktion und Druckerei: Neue Graupenstrasse 6/8. — Verlag von Oskar Schönbach, Dresden. — Druckerei: Oskar Schönbach, Dresden. — Druckerei: Oskar Schönbach, Dresden.

erste Interesse am gewerblichen Unterrichtswesen haben, sucht man vergeblich in diesem Beirat. Am 15. und 16. d. Mis. hielt man diesen Beirat unter dem Vorsitz des Handelsministers J. D. v. S. Seine erste Beratung ab, aus deren Beratungen die Debatten über die Ausgestaltung des gewerblichen Fortbildungswesens einig Interesse haben.

Gewiss ist man nicht doch schon bereit zu sein, daß die obligatorische Fortbildungsschule den endgültigen Sieg über die fakultative errungen hat; nur für beiderlei begabte und strebsame Schüler werden neben der Pflichtschule fakultative Fortbildungsmöglichkeiten gewünscht. — Ueber die Frage, ob die Erziehung von Werkskinderen an gewerblichen Fortbildungsschulen anzuordnen ist, waren die Anwesenden geteilt. Besonders wurde sich darüber die Vertreter des Handwerks als selbständige Mitglieder auf, da sie allein eine ordnungsmäßige Fortbildung der Werkskinder zu fordern. Einzelne Handwerksvereine haben sich auch mit ihrer bekannten Forderung, bei Festsetzung der Unterrichtszeiten in höherem Grade als bisher auf die Arbeit der Werkskinder zu achten, sie wollten sich aber darüber belehren lassen, daß der Abendunterricht für die von der Tagesarbeit erschöpfte und nun nicht mehr aufnahmefähige Schüler nutzlos sei, eher würde sich eine mäßige Verlängerung der Schreite empfehlen. — Die Fortbildungs- und Fachschulen für die weibliche Jugend entwickelten sich trotz der vielfachen Schwierigkeiten nach dem Beitritt des Beirats in erfreulicher Weise, namentlich die Kommunen begannen sich diesen Schulen immer mehr zuzuwenden. Für die weibliche Jugend hielt man teilweise eine Ausbildung in der Hauswirtschaft als Unterrichtsmaterie an den Fortbildungsschulen. Auch die Einführung obligatorischer kaufmännischer Fortbildungsschulen für die weibliche Jugend ist nach Möglichkeit anzustreben.

In der Vertretung der jüngst gegen die kaufmännischen und Handwerker-Unterrichts-Kommissionen erhobenen Beschwerden haben man sich im Beirat einig zu sein. Der Beirat wird in letzter Zeit mit Vorliebe aufzuziehenden Schulverhältnissen für durchaus notwendig zu sein. Daß dem Handwerk durch die Schulverhältnisse keine Konkurrenz erwachse, dafür sei durch den Ministerialerlass hinreichend gesorgt; übrigens sei nach der Statistik der Verkauf nur ein recht unbedeutender.

Zum Schluß beriet man noch über Meisterkurse und Ausstellungshallen, gegen die erhebliche Bedenken geltend gemacht wurden.

**Ein originelles Zeichenbegängnis**

kann Breslau wieder einmal feiern. Im Alter von genau drei Wochen wird nämlich das Organ für Kultur, Kunst und öffentliches Leben „Breslau am Montag“ sang- und klanglos zu Grabe getragen. Die Redaktion des von vornherein mit dem Stempel der Unmöglichkeit versehenen Blattes hat sich Selbstenmord genug referiert, um uns folgende Todesanzeige zu überreichen:

Breslau I, den 22. März 1906.  
Kopmann S. II.

Die Redaktion der Volksmacht

Dieser Brief hat mit den drei „glücklich“ entbundenen Nummern des Montagblattes das gemein, daß man auch nicht weiß, was man damit anfangen und wie man ihn verstehen soll. Die Bemerkung von den „lachenden“ Erben läßt alle möglichen Vermutungen zu. Das Bestreben des Blattes, die „Volksmacht“ als „dumm“ und „tölpelhaft“ zu hinstellen, hat also nicht einmal bei den Breslauer Spielern verfangen, hat den von uns bei Erscheinen der zweiten Nummer bereits angebotenen Bankrott nicht aufhalten können. Friede ihrer Asche!

Ein Volkstümlicher stand gestern in der Person des Schlossers Karl Schöpe vor dem hiesigen Schöffengericht. Derselbe hatte in der Gräbenerstraße an die Masten der Elektrischen Straßenbahn mit roter Lackfarbe und unter Benützung einer Schablone die Aufforderung angebracht, das Lokal von Rilde nicht zu besuchen. Die Polizei hatte ihn hinterher ausfindig gemacht. Die Anklage lautete auf Übertretung des Preßgesetzes vom Jahre 1851, welches öffentliche Anschläge ohne polizeiliche Genehmigung verbietet und außerdem hatte die Verwaltung der Straßenbahn Strafandrohung wegen Sachbeschädigung gestellt. Das Urteil lautete auf dreißig Mark Geldstrafe. Die Sachbesitzer haben trotzdem keinen Anlaß zu triumphieren!

Wenn die Arbeiter einig sind. In der Preßfabrik G. m. b. H. in Rosenthal wurde mit dem Verbands der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen ein Tarif abgeschlossen. Die Kollegen haben dadurch neben der Verkürzung der Arbeitszeit eine Schenkung von 2 bis 4 Pf. pro Stunde erreicht. Auch in sanitärer Hinsicht wurde den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen.

Die „Neue Welt“ ist auch diesmal wieder ausgeblieben. Unsere Leser werden sie deshalb erst in den nächsten Tagen erhalten.

**Mitteilungen aus den Gewerkschaften.**

**Wächter, Schuhmacher Schließel!** Durch Inserat in verschiedenen bürgerlichen Blättern, so u. a. im „Landshuter Stadtblatt“ sucht eine auswärtige Schuhfabrik Schuhmacher. Wie uns aus Seltenersdorf mitgeteilt wird, sind dort wegen Maßregelung die Kollegen in den Zustand getreten. Da angenommen werden muß, daß die Leute für die betreffende Firma Wehlich angeworben werden sollen, so warnen wir, Engagements anzunehmen.  
Reinh. Röhr, Beschlüßfänger.

**Die Buchbinder werden darauf aufmerksam gemacht,** daß die Mitglieder-Versammlung am Sonnabend im Villardjimmer des Gewerkschaftshauses stattfinden muß. Genosse Meyer aus Leipzig hält einen Vortrag über das Thema: „Die wirtschaftlichen Interessen-Verände der Unternehmern.“

der selbst nicht verzieht. Diese Erfahrung hat sich sowohl die katholische wie evangelische Kirche zu nütze gemacht, indem sie Gefellenvereine, den Arbeiter-Vereine, Jugendvereine und andere Organisationsarbeiten, in denen sie das in der Schmie beinahe unermessliche Fortschritt vorziehen. Es war eine Unterlassungssünde, wollten wir diese dazwischen getretenen nicht die Aufmerksamkeit der Jugend im sozialistischen Sinne entgegenbringen. Aus dieser Unterlassung heraus entstanden an verschiedenen Orten Vereine der arbeitenden Jugend, die sich zum 1. Februar 1906 auf einer Konferenz in Rostock zu einem „Verband junger Arbeiter Deutschlands“ zusammenschlossen. Er will die heranwachsende Jugend an thätigen Mitkämpfen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse erleiden. Außerdem wurde die Gründung einer Jugendzeitung beschlossen, die vom 1. April d. J. ab unter dem Namen „Die junge Garde“ erscheinen soll.

Die Redaktion hat Genosse Dr. Franz übernommen. Der Unterzeichner fordert die Parteiorganisationen allerorts auf, dort, wo es das Verbandsgesetz erlaubt, Druckereien zu gründen. Wo dies nicht möglich ist, bietet er um Anlage von Druckereianstalten, die die Werbung von Einzelmitgliedern betreiben, unter dem Beirat der Zeitung übernehmen. Nähere Auskunft sowie Material wird bereitwillig erteilt.

**Der Vorstand des Verbandes der jungen Arbeiter Deutschlands.**  
J. A.: Bruno Wagner, Mannheim, S. 3. S. II.  
Es wird um Abdruck dieses Aufrufs in der Parteipresse gebeten.

**Zwei sozialdemokratische Stadtverordnete** wurden bei der Stichwahl in Kassel gewählt. Das war sicher zu erwarten, denn die beiden Gewählten waren mit zwei anderen Genossen in Stichwahl gekommen.

**Gemeinbewahlfische.** In Habelschwerdt bei Schleudrig steigten in der zweiten und dritten Klasse unsere Genossen; auch in Bispinhard bei Halle siegte unser Kandidat.

**Der sozialdemokratische Parteivorstand in Italien** veröffentlicht im letzten „Avanti“ eine Erklärung, in dem er den Vorwurf der Diskontinuität gegen die Parteiverhältnisse zurückweist; enthält die meist helle Seite des „Avanti“ feststellt und hervorhebt, daß der Parteivorstand von der durch den Parteitag zu Bologna gewählten Kommission abgemeldet sei.

**Ueber eine beherrschende Gerichtsprozeß in Dresden** teilt die „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ mit: Der Vorsitzende der 2. Strafkammer, Herr Dr. Veder, gibt sich Mühe, mit dem für den Inhalt der Zeitung verantwortlichen Redakteur auch den mitverantwortlichen Verleger in einem Prozeß wegen angeblicher Verleumdungen gegen Genossen Meier wurde dieser als Verantwortlicher zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Genosse Schmidt fungierte in diesem Prozeß als Anwalt, wurde jedoch nicht vereidigt, weil er nach Ansicht des Dr. Veder der Mittäterschaft dringend verdächtig sei sollte. In diesem Prozeß nun gebrauchte der Vorsitzende gegen den Genossen Schmidt eine Bemerkung, durch die sich dieser verletz fühlte. Genosse Schmidt erhob dagegen Beschwerde, wurde aber abgewiesen. Jetzt erhob er aber die Anklage gegen den angeklagten. Das Sachverfahren gegen ihn ist eröffnet worden. Wir hoffen auf einen vorläufigen Rest, daß Dr. Veder mit seinem Vorhaben Erfolg haben wird. Sehr interessant und sehr merkwürdig ist zweifellos auch die Tatsache, daß alle Prozeßkosten der Strafkammer 2 des hiesigen Landgerichts, der Veder-Kammer, überwälzt werden.

**Nebenrecht und Mord.** Im Zwickauer „Sächsischen Volksblatt“ erzählt der Wochenplauderer:

Nun ist auch Johann Most heimgegangen. Ein Stürmer und Dränger gar eigener Art war unser „Johann“ schon in seinen besten Tagen, wie ich ihn kannte, da er noch in Chemnitz hauste und ab und zu auch in Dresden sprach. In Feuer und Haderlauf kam ihm kein anderer gleich, auch in Radikalismus war er uns anderen allen über. Dem gemäßigt auftretenden Vahlschlag gegenüber, der immer widerwillig und abgemessen sprach, war Johann Most das direkte Gegenteil, die beiden konnten sich darum auch nie so recht freunden werden. Fleißig, eine Arbeitskraft, schnell aufzulassen und ebenso schnell in die Tat auslegend, — auch wenn das in sich Angenommene noch nicht ausgereift war — das war Johann Most und es war Genossen Nebenrecht nicht zu verabsäumen. Er den „Zwischen“ an Wien, der eines Tages in Leipzig im Redaktionslokale des „Volksblattes“ in der Person Mosts erschien, etwas mitleidig musterte. Nach Nebenrecht's Mitteilung anstellte sich das erstmalige Bekanntheitsverhältnis der beiden folgendermaßen:

Most: Guten Tag! Ich bin Johann Most aus Wien, und stelle mich der Partei zur Verfügung.  
Nebenrecht: Na, 's ist recht! Aber bei uns müssen Sie vor allem was lernen!

Dieser kurze Dialog war charakteristisch für beide Kämpfer. Seit diesen Tagen wußten beide auch, was sie von einander zu halten hatten. Nebenrecht hat Nebenrecht den Fähigkeiten Mosts als Agitator lebendig volle Geschicklichkeit widerfahren lassen.

**Aus der Parteiverammlung im roten Aduloreich.** Dem neben erschienenen Jahresberichte des Zentralkomitees für das Königreich Sachsen entnehmen wir folgende allgemein interessierende Angaben: Das Jahr 1905 war ein Kampfsjahr, das schwere Opfer auf sich hat, aber auch erhebliche Erfolge brachte. Schärfer als je in die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien hervorgetreten. Im Vordergrund des Kampfes stand die Wahlrechtsbewegung mit den denkwürdigen Daten des 18. und 19. November, des 3. 16. und 17. Dezember. Es wird wenig vergessen bleiben, daß am 3. und 17. Dezember Arbeiterblut vergossen wurde. Auch des 21. Januar wird gedacht, des Tages, an dem ganz Sachsen unter dem Reich des Polizeimarschalls stand. Die heillosen Polizeimarsche, die Sachsen Anbruch auf die Verhinderung politischer Arbeit, hat auch im Jahre des Heils 1905 keinen Wandel erfahren. Die Sanitätsfrage im inneren Parteileben galt dem Aufbau und der Umformung der politischen Organisation zur Durchführung der Jenaer Weltkämpfe. Um das Werk zum einheitlichen Abschluß zu bringen, stellen die fünf Komitees Sachsen an die demnächst in Dresden stattfindende Landesversammlung eine Reihe entsprechender Entwürfe. Mit Genehmigung stellt der Bericht des Zentralkomitees fest, daß sich die obligatorische Einführung der Komunalen Praxis für die sozialdemokratischen Gemeindevorstände-Mitglieder als nützlich erwiesen hat. Inzwischen sind Exemplare werden den Gemeindevorständen zugestellt und die früher vernachlässigte Kommunalpolitik hat jetzt einem regen Interesse und einer leuchtenden Diskussion in gemeindevorständlichen Angelegenheiten Platz gemacht. Unseren Genossen Goldstein, der als einziger Sozialdemokrat durch die engen Maschen des Dreiklassenwahlrechts in den Landtag schlich, wird anerkannt, daß er im Landtag gerade eine Referatenaufgabe bewältigt hat. Der Abonnementstand der Parteipresse Sach'sen liegt von 134.000 auf 142.000; der Kassenertrag des Zentralkomitees für das abgelaufene Geschäftsjahr weist bei einer Einnahme von 14.257,64 M. eine Ausgabe von 18.288,07 M. auf.

**Breslauer Nachrichten.**

Breslau, den 23. März.  
**Der Beirat für gewerbliches Unterrichtswesen und Gewerbebeförderung.**  
Die allgemeine Abteilung des ständigen Beirats für das gewerbliche Unterrichtswesen und Gewerbebeförderung setzt sich aus Vertretern der Regierungs-Zentralbehörden, des Abgeordnetenhauses, der Regierungs- und Gewerbeschulräte, der Fach- und Fortbildungsschulrektoren, sowie aus Vertretern der Städte, ferner aus Vertrauensleuten des Handels, der Industrie und des Handwerks und schließlich aus sonstigen auf dem Gebiete des gewerblichen Unterrichtswesens verdienten Persönlichkeiten zusammen. Nur Vertreter der Arbeiter, die doch schließlich das aller-

# Für Arbeiter und Handwerker

Sonnabend  
Sonntag  
Montag

volkstümliche Preise

Sonnabend  
Sonntag  
Montag

## Gebr. Barasch

Nur Friedrich-Wilhelm-Str.

Arbeiter-Blusen, blau und gestreift . . . St. 98 u. 88 Pf.  
Arbeiter-Regatta-Hemden . . . . . St. 115 Mk.  
Arbeiter-Hosen, blau . . . . . Paar 135 Mk.

Monteur-Jacken St. 135 Mk. **Arb.-Schürzen** blau St. 62, 52 Pf.  
Oxford-Hemden St. 98 Pf. **Drell-Schürzen** grün St. 92 Pf.  
Eskimo-Hemden St. 115 Mk. **Bäcker-Schürzen** weiss St. 88, 62 Pf.

Ein Posten **Strickgarn** in Farben sortiert Pfd. 175 Mk.  
Ein Posten **Kinderstrümpfe** in Grössen sortiert 9-38 Pf.

Chemisetts in allen Weiten . . . . . St. 42 Pf.  
Manschetten . . . . . Paar 46, 32 Pf.  
Kragen in allen Weiten . . . . . St. 30, 25 Pf.  
Hosenträger . . . . . Paar 29, 17 Pf.  
Knab.-Servit., Kragen u. Manschetten zus. 85 Pf.  
Vorhemden, bunt, mit Umlegekragen . . . . . St. 34 Pf.  
Vorhemden, aus Trikotstoff . . . . . St. 44 Pf.

### Aufsehenerregendes Angebot.

<b>Bluse Vielliebchen</b> hocheleg. garniert aus weissem Lawn-Tennisstoff m. blauen Streifen St. 3.95 Mk.	<b>Bluse Blitz</b> aus mittelfarbig- kariertem Zephyr- stoff St. 2.65 Mk.	<b>Gürtel</b> ein grosser Posten St. 85 u. 35 Pf.
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------

### Diverse Artikel.

Linon-Taschentücher, weiss, 1/2 Dtz. 82, 60, 48 Pf.  
Kinder-Taschentücher, weiss m. bunter Kante, 9, 5 Pf.  
Arbeiter-Taschentücher, bunt, St. 19, 16, 14, 12 Pf.  
Frauen-Velour-Beinkleider, glatt u. gem., Paar 88 Pf.  
Eider-Barchend-Röcke . . . . . St. 145 Mk.  
Umschlagtücher, kariert . . . . . St. 95 Pf.

Ein Posten <b>Züchen- stoffe</b> Meter 29 Pf.	Ein Posten <b>Schürzen- stoffe</b> Meter 36 Pf.	Ein grosser Posten <b>Scheuer- tücher</b> St. 8 Pf.
------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------

Apfelsinen . . . Dtz. 36 Pf.	Soda . . . . . 3 Pfund 10 Pf.
Zitronen . . . . Dtz. 34 Pf.	Bratheringe . . . . St. 7 Pf.
Pflaumen . . . . Pfund 18 Pf.	Ölsardinen . . . . 34 Pf.
Backobst . . . . Pfund 23 Pf.	Mostrich . . . . Glas 15 Pf.
Haushalt-Schokol. Tafel 11 Pf.	Kaffee-Mischung 1/2 Pfund 39 Pf.

<b>Likör-Gläser</b> Stück 5 Pf.	<b>Bierbecher</b> Stück 7 Pf.	<b>Porzellan-Tassen</b> weiss, Paar 6 Pf.
------------------------------------	----------------------------------	----------------------------------------------

Bienenhonig garantiert rein . . . . . Glas 45 Pf.

Nur Friedrich-Wilhelm-Str.

Arbeiter-Hosen aus starkem Körperstoff . . . . . Paar 145 Mk.  
Arbeiter-Hosen aus engl. Leder . . . . . Paar 265 Pf.  
Arbeiter-Westen zum Aussuchen . . . . . Stck. 128 Mk.

Knab.-Leibch. Hosen Paar 78 Pf. **Arbeiter-Mützen** St. 42 Pf.  
Knaben-Anzüge in allen Grössen 395 Mk. **Knab.-Schul-Hüte** St. 98 Pf.  
Bursch.-Anzüge 725, 595 Mk. **Herren-Hüte** schwz. St. 158 Mk.

Ein Posten **Damenstrümpfe** deutschlang Paar 38, 28 Pf.  
Ein Posten **Herren-Socken** farbig Paar 34, 24 Pf.

Ein Posten **Damen-Hemden** weiss . . . . . St. 115, 88 Pf.  
Ein Posten **Herren-Hemden** weiss . . . . . St. 158, 128 Mk.  
**Drell-Handtücher** grau . . . . . 1/3 Dtz. 88 Pf.  
**Drell-Handtücher** weiss, extrabreit . . . . . 1/3 Dtz. 100 Mk.  
**Bett-Laken** aus starkem Dowlas . . . . . 95 Pf.  
**Bett-Bezüge** bunt mit 2 Kissen . . . . . 295 Mk.  
**Bett-Bezüge** weiss mit 2 Kissen . . . . . 335 Mk.

### Aufsehenerregendes Angebot.

<b>Schirme.</b> Damen- Regenschirme mit gebogenem Nickelgriff Stück 1.78 Mk.	<b>Schotten</b> für Blusen und Kinderkleidchen garantiert waschecht Meter 33 Pf.	<b>Reste</b> und Abschnitte von Züchen, Dowlas, Linon, Inlett u. Schürzenstoffen spottpillig.
---------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------

### Schürzen.

Ein Posten **Tändelschürzen**, farbig, St. 58, 35, 19 Pf.  
Ein Posten **Kinderschürzen** zum Aussuchen, St. 29 Pf.  
Ein Posten **Hausschürzen** m. u. ohne Volant, St. 55, 45 Pf.  
Ein Posten **Hausschürzen** m. breit. Vol u. Tasche, St. 85 Pf.  
Ein Posten **Hausschürzen** mit Latz und Träger, St. 95 Pf.  
Ein Posten **Kleiderschürzen** mit breit. Besatz, St. 135 Mk.

Ein Posten <b>Teelöffel</b> 1/2 Dtz. 12 Pf.	Ein Posten <b>Esslöffel</b> 1/2 Dtzd. 18 Pf.	Ein Posten <b>Messer u. Gabel</b> m. Holz- griff Paar 16 Pf.
------------------------------------------------	-------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------

<b>Schiefer-Stifte</b> Dtzd. 2 Pf.	<b>Garntaschen</b> Stck. 32, 24 Pf.
<b>Schreibhefte</b> nach Vorschr. 1/2 Dtzd. 25 Pf.	<b>Markttaschen</b> Wachs- tuch St. 48 Pf.
<b>Schiefertafel</b> St. 14, 12, 9 Pf.	<b>Schaffnerkannen</b> St. 38 Pf.
<b>100 Briefbogen</b> 16 Pf.	<b>Essenträger</b> Stck. 58, 38 Pf.
<b>Schultaschen</b> Stck. 45 Pf.	<b>Glas-Butterdosen</b> St. 16 Pf.

<b>Kaffee-Service</b> dekor. f. 6 Personen 1.75 Mk.	<b>Emaill- Töpfe</b> Stück 23 Pf.	<b>Steingut-Schüsseln</b> dekoriert Satz 6 St. 98 Pf.
-----------------------------------------------------------	------------------------------------------	-------------------------------------------------------------

Ein Posten **Toiletten-Seifen** . . . . . Stück 4 Pf.



Donnerstag, den 28. März 1906.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. März.

### Aus dem Stadtparlament.

Der Zuschauerraum war überfüllt, wie man ihn selten sieht. Offenbar erwarteten die Anwesenden, nachdem, von Schelling ausgehend, die Kaiserbrückenfrage oder vielmehr die Frage der Anliegerbeiträge noch einmal das Interesse weiterer Kreise erregt hatte, daß auch gestern wieder aus diesem Anlaß die Meinungen auseinandergelassen würden wie in der Sitzung vom 18. Januar, wo die Interessenpolitik der Hausagrarier sich in ihrer nacktesten, brutalsten Form offenbart hatte. Aber dazu kam es nicht. Die damals an die Ausschüsse I und IV zur Beauftragung überwiesene Vorlage über die Beiträge zu den Kosten der Kaiserbrücke ist zwar an das Plenum wieder zurückgelangt, kam aber in der gestrigen Sitzung bei der Fülle der zu erledigenden Vorlagen nicht zur Verabschiedung.

So war es die Vorlage über den Bau der Kaiserbrücke selbst, die vor allem die Aufmerksamkeit auf sich lenkte. In längeren Ausführungen, denen man es anmerkte, daß sie von einem Fachmann kamen, besprach Herr Söffler als Referent die Magistratsvorlage.

Am 28. Oktober 1891 hätten der Stadtverordneten-Versammlung zwei Projekte, das einer kettenartigen Brücke mit drei und das einer eisernen mit zwei Strompfeilern vorgelegen. Der Ausschuß habe damals dem Magistrat empfohlen, die Vorlage zurückzugeben und sie nach beendeter Oberstromregulierung wieder einzubringen. Damals waren die Kosten auf 1,500,000 Mark veranschlagt. Inzwischen haben die Verhältnisse — wie wir das bereits in unserer Sonderbeschreibung ausgeführt haben — sich völlig geändert, und damit sind die Kosten, für die in der Anleihe von 1900 noch 1,900,000 Mark vorgesehen waren, auf 2,870,000 Mark gestiegen. Der Stromverkehr fordert eine Hängebrücke. Nach der ästhetischen und architektonischen Seite hin bedeutet der vorgelegte Entwurf eine sehr glückliche Lösung der Frage, besonders in Bezug auf die Ausgestaltung des Portals und die Untertürmung; höchstens würde der Referent es gerne sehen, wenn die architektonische Ausgestaltung der Rückhaltungsverankerung nicht gar zu leicht gehalten wäre. Der Architekt hätte sich hier den gegebenen Konstruktionsmomenten anschließen und in der Formengebung andeuten müssen, daß an jenen Stellen je über 200,000 Zentner als Gesamtgewicht verankert seien. Auch die eigentlichen Zugerarbeiten hätten eine durchwegs glückliche Lösung gefunden. Aber hierbei sei die Hauptsache die statische Seite, die Berechnung der Tragfähigkeit. Und hier sei der gewöhnliche Konstruktionsgenie gerne geneigt zu hohen Ziffern einzufügen, das bedeutet aber eine nicht unbeträchtliche Erhöhung der Kosten. Um hier nach Möglichkeit zu sparen, empfehle er einmal, Kostenschätzungen von drei großen Brückenbauwerken einzufordern, ohne sich etwa nach Art einer Zustimmung zu binden, und ferner die Nachprüfung der statischen Berechnungen und die Oberaufsicht über die spätere Bauausführung einer besonderen aus Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordneten, der Baudeputation und einem als Statiker und Praktiker bewährten Brückenbauingenieur bestehenden Revisionskommission zu übertragen.

Die Vorschläge zeugen zwar von einem in diesem Falle durchaus löblichen Triebe zur Sparsamkeit, aber uns dünkt, ihnen haftet eine nicht unbeträchtliche Schwerefälligkeit an, und sie werden sich auch, wie Stadtbaurat v. Scholz bemerkte, zum Teil praktisch nicht durchführen lassen. Wir glauben kaum, daß sie im Bauauschuss, dem die Vorlage überwiesen wurde, viel Anklang finden werden.

Als dringlich erluchte der Magistrat die Vorlage eines Nachtrags zur Gemeindeeinkommensteuerordnung vom 11. Januar 1895 zu behandeln.

Es handelt sich darum, daß gemäß dem Beschlusse der Stadtverordneten vom 8. Februar 1906 betreffend die Freiklassung des die Summe von 660 Mk. nicht übersteigenden Einkommens von der Gemeindeeinkommensteuer vom 1. April 1906 ab und die Einführung des Prüfungssystems vom 1. April 1907 ab das Ortsamt entsprechend zu ändern und im Anschluß daran verschiedene durch das Kommuna-abgaben-Gesetz vom 30. Juli 1895 bedingte Anpassungen vorzunehmen. Auf Antrag des Stadtverordneten Heilberg wird die Vorlage, da ihre Beschlüsse durch die Ausschüsse so wie so nicht bis 1. April zu erwarten sind, zunächst noch einmal dem Ausschuss I übergeben.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag, der den Bau zweier massiver Pavillons für Infektionskrankheiten bei dem Wenzel-Bank'schen Krankenhaus fordert, wandert in den Ausschuss V.

Zur Verabschiedung kamen auch eine Reihe der aus dem Staatsausschuss zurückgekommenen Einzelakts.

Der Armenrat, der bei einer Gesamtsache von 8,200,000 Mk. mit einer Einnahme von 57,348 Mk. einen um 146,925 Mk. höheren Zustand wie im Vorjahre erreicht, wird vollauf befriedigt.

Das gleiche geschieht mit dem Stadtliegenschaftsamt, der mit 25,400 Mk. in Einnahme und Ausgabe balanciert.

Auf Antrag des Stadtschulze wird der Etat der Kränzel- und Pflanzschulen mit 25,650 Mk. in Einnahme und 211,800 Mk. in Ausgaben, bei 2060 Mk. in außerordentlichen Ausgaben, also mit einem Gesamtsatz von 281,510 Mk. d. i. 19,460 Mk. mehr als im Vorjahre, vorläufig genehmigt und die Zustimmung dazu erteilt, daß die außerordentlichen Ausgaben zur Ueberdeckung der offenen Veranden an den Krankenhäusern des städtischen Krankenhauses in Grotzowitz und zur Anlage einer Kapelle am Städtelgebäude verwendet werden.

Gegenüber dem Etat des Arbeitshauses mit 120,024 Mk. Einnahmen und Ueberchuß von 1245 Mk. gegenüber den Ausgaben vorläufig genehmigt.

Prim. Etat der städtischen Friedhöfe, der einen um 48,210 Mk. gegen das Vorjahr höheren Zustand von 28,430 Mk. vorzieht, den Etat, wie er vorgelegt ist, zu genehmigen, die damit verbundene Vorlage über den Bau einer Friedhofkapelle in Grotzowitz dem Ausschuss V zu überweisen. Mit dem Etat genehmigt werden auch 1900 Mark für die Vorarbeiten zur Anlage eines Urnenhains, den der Verein für salutarive Neuerehaltung auf dem an der Ecke zwischen der Grotzowitzer Friedhofkapelle anlegen und in dem er später auch ein Columbarium (eine Urnenhalle) errichten will angenommen werden mit geringen Abänderungen, die die Höhe der Kasse erhöhen, dessen etatierter Ueberchuß von 24,860 Mk. durch die Abnahme von 540 Mk. erhöht, und das Marktwesen, bei dem durch den Abbruch ein Ueberchuß von 2000 Mark erzielt wurde.

Die Grotzowitzer Friedhofkapelle, die den Etat des Vieh- und Schlachthofes mit einem Ueberchuß von 291,848 Mk., während der Etat des Grotzowitzer nach einer juristischen Auseinandersetzung zwischen Herrn Dillenbeck und dem Magistratsreferenten mit einem nach Abschnitt IIa des Haushaltsplans übernommenen Zustand von 270,600 Mk. festgesetzt wird.

Genehmigung findet weiter eine Ueberschreitung der zur Einrichtung des Professor Baron'schen vegetarischen Kinderheims bewilligten Baukosten von 15,700 Mark um 5,352,28 Mk., die aus den eigenen Einnahmen und eventuell aus dem Kapitalvermögen der Stiftung entnommen werden sollen.

Der Strompreis für den Breslauer elektrischen Sitzpfeilerbahngesellschaft im Jahre 1905 gelieferten elektrischen Strom beträgt, wie im Vorjahre, 11,5 Pf. für die Kilowattstunde, wovon die Versammlung zustimmend Kenntnis nimmt. Eine Vorlage über den Ankauf von Grundstücken im Fassungsgebiete der Grundwasser-Verordnung wird dem Ausschuss IV überwiesen.

Die Versammlung erklärt sich ferner damit einverstanden, daß mit dem Kaufmann Fischer in der Südvorstadt Grundstücke eingetauscht und ihm bei Verpfändung des erworbenen Grundstücks durch hypothekarische Eintragung an erster Stelle ein Darlehen von 40,000 Mk. gewährt werde. Der Antrag wird gegen 11 Stimmen angenommen.

Nachdem endlich noch eine Reihe von Lieferungsverträgen bestätigt, vom Gutachten des Ausschusses VII über die Erlebigung von Erinnerungen Kenntnis genommen war und verschiedene Ehrenämter besetzt waren, trat die Versammlung in eine geheime Sitzung.

Die bergewerblichen Hilfsarbeiter und der Arbeiterverband des Maurer- und Zimmerergewerbes. Die Hilfsarbeiter haben für eine Beibehaltung von zwei Jahren einen Vorschlag aufgestellt, der in der Forderung eines Monatslohentlohes von 45 Pf. gipfelt und den Tarif zur Annahme dem Arbeiterverband des Maurer- und Zimmerergewerbes unterstellt. Der Arbeiterverband hatte es anfänglich rundweg abgelehnt, mit den Vaugewerbeten in irgend eine Verhandlung einzutreten. Erst als die beiden Korporationen der Maurer und Zimmerer darauf bestanden, daß mit den Hilfsarbeitern in gleicher Weise wie mit ihnen selbst, verhandelt werden müsse, bequeme sich der Bund dazu. Am 9. d. Mts. fand dann zwischen den Vertretern des Arbeiterverbandes und den der Organisation der bergewerblichen Hilfsarbeiter eine längere Konferenz statt. Das Ergebnis dieser Unterhandlung teilte Langer in der am 22. d. Mts. im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung mit. Sehr erdicht ist die Verhandlung von dem Angebot der Meister nicht gewesen, und wenn die Arbeit aber immer noch der Meinung sind, es liege nur an den leitenden Personen, die Leute zu bestimmen, sich mit den gemachten Zugeständnissen einverstanden zu erklären, dann würden sie schon zufrieden sein, so hätten sie sich in der Versammlung überlegen können, daß auch nicht ein Mann mit der zugehörigen geringen Lohnlage sich zufrieden gestellt hätte.

Nach zweistündiger Verhandlung hatte der Bund die Erklärung abgegeben, für das Jahr 1906 1 Pf. Zulage pro Stunde zu gewähren bei 10 stündiger Arbeitszeit, 1907 2 Pf., bei 10 stündiger Arbeitszeit, 1908 wieder 2 Pf., bei 9 1/4 stündiger Arbeitszeit. Die Arbeiter glauben, daß die Arbeiter mit der im Jahre 1905 er-

langten Einheitslohn von 3 Pf. und der weiteren Zulage von 1 Pf. gegenüber abgefunden seien. Die Arbeiter hätten sonst der geforderten 45 Pf. um ein Stundentlohn von 25 Pf. im ersten, 25 Pf. im zweiten und 40 Pf. im dritten Vertragsjahre. Im dritten Jahre aber würde sich der Lohn bei 9 1/4 stündiger Arbeitszeit niedriger stellen. Ähnliche Reden in der Diskussion erklärten das Rückständnis des Bundes für unannehmbar. Es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die vom 22. März 1906 tagende Mitgliederversammlung der Hilfsarbeiter kann sich mit den wägen Annehmlichkeiten der Arbeitgeber-Vertreter nicht einverstanden erklären und steht auf dem Standpunkt, daß hier in Breslau eine Verklärung der Arbeitszeit und eine dementsprechende Lohnverhöhung eintreten muß. Die Versammlung erklärt sich nach wie vor bereit, die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf friedlichem Wege zu vereinbaren und beauftragt die Delegationskommission nochmals ihre gefälligen Vorschläge bei dem Arbeitgeberbunde zu vertreten.

In der Versammlung gab weiter einen Sachverhalt der Verwaltungskasse Breslauer des Verbandes der bergewerblichen Hilfsarbeiter. Das Jahr 1905 war für die Breslauer Verwaltung ein recht erfolgreiches und kampfreiches. Die Organisation ist erfrischt und war in der Lage, ihre Position gegen die Arbeiterkassen aufrecht zu erhalten. Die Verhältnisse nötigten zu Arbeitseinstellungen und Verhörungen von Pausen, es haben davon 21 städtische, an welchen 1600 Personen beteiligt waren und die einen Kostenanstieg von 2400 Mk. erforderten. Erfolge sind im reichem Maße erzielt worden. In diesem Jahre haben bereits mehrere Arbeitseinstellungen, Sperrungen u. dgl. greifen müssen, die mehr als 1600 Mk. Kosten verursachen und nach sich ziehen, die mehr als bisher für die Organisation zu werden. Die „Volkswacht“ hat bereits den Jahresbericht der Bauhilfsarbeiter veröffentlicht.

Der Gewerkschaftshaus tagte am Donnerstag eine öffentliche Väter-Versammlung, die folgende Tagesordnung aufwies: „Zehn Jahre Maximalarbeitszeit im Bäder-Beruf. Der Kampf um die Durchföhrung jener Verordnung und die Nachwirkungen ihrer Erweise!“ Der Referat hatte Gauleiter F. Biegler, dessen Ausführungen die Versammlung gutwillig aufnahm. Eine Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme, worin es u. a. heißt:

Die Versammlung protestiert gegen den auf die Vereinigung bzw. die Vereinfachung der Bundesgesetzordnung vom 4. März 1898 bezüglichen Maximalarbeitszeit für Bäderbetriebe hinsichtlich des Germaniabundes der Bädermeister.

Die Versammlung hält unbedingt fest an der in jener Verordnung festgesetzten Maximalarbeitszeit und verwirft jeden Versuch, dieselbe in eine Minimalarbeitszeit umzuwandeln.

Die Versammlung protestiert auch gegen die erlogene Behauptung, jene Verordnung sei schuld an der fortwährenden Auflösung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe, denn diese wird lediglich durch Ausnützung technischer Hilfskräfte und Kapitalkraft der Großbetriebe auch bei kürzerer Arbeitszeit herbeigeföhrt.

Im Interesse der in den Bädereien beschäftigten Personen, im Interesse des professionnierenden Publikums und auch zum Nutzen der kleinen Bädereien fordert die Versammlung die Beibehaltung der Verordnung und ihre strikte Durchföhrung durch eine geeignete Kontrolle!

Der Nachtrag zum Adreßbuch 1906 erscheint Ende April und wird an alle Abnehmer der Hauptausgabe unentgeltlich verabfolgt. Dazu wird uns vom Herausgeber geschrieben: „Zum Zweck der Erreichung größter Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten dringend gebeten, Anmeldungen für den Nachtrag möglichst umgehend, spätestens bis zum 3. April, bei Redaktion des Adreßbuchs, Schweidnitzerstraße 11, abgeben zu lassen. Insbesondere beliebe man bis zu diesem Tage Mitteilung zu machen von Geschäftseröffnungen und -Verlegungen, von Wohnungs- und Grundbesitz-Veränderungen, die seit Erscheinen des Buches stattgefunden haben und noch nicht berücksichtigt sind oder zu einem jetzt schon feststehenden Zeitpunkt im laufenden Jahre stattfinden werden. Eine beschränkte Anzahl von Exemplaren des Jahrgangs 1906 sind noch in der Expedition, Schweidnitzerstraße 11, wozu unsere Redaktion und Expedition verlegt sind, zu haben.“

Wegen wiederholten schweren Diebstahls wurde die Maurer-Straße Marie Jynowitsch von der heiligen Strafkammer zu 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt. Sie war bei einem Schwarzbrodbäcker tätig. Dieser vermisste immer Geld in der Kasse, bis er die Frau auf die Probe stellte und ergriffte. Sie hatte ihm mindestens 400 Mk. gestohlen, was sie nun mit Zuchthaus büßen muß.

Erstreckener. Vor dem Breslauer Kriegsgericht der 11. Division stand angeklagt der Unteroffizier Josef Pilot vom Grenadier-Regiment Nr. 11 in Breslau wegen Mißbrauch der Dienstgewalt. Der Unteroffizier, der erst seit dem 27. Januar d. J. die Ersten trägt, hatte schon als Gefreiter, Stubenältester, Korporalkassaföhler und Unteroffizier von Untergebenen Geld begehrt. Wenn er in Geldverlegenheit war, ließ er sich durch Soldaten in der Kantine Zigaretten, Kaffee usw. holen und die Mannschaften mußten das Geld auslegen. Von Einjährig-Freiwilligen dagegen ließ er sich bare Geldbeiträge

## Aus aller Welt.

Ein schwerer Unfall im Kampfe gegen Heinrich Heine. Der „Arbeiterwille“ erzählt folgende interessante Sache: In der Grazer deutschnationalen und liberalen Presse wird der Kampf gegen Heinrich Heine mit größtem Eifer geführt. In der letzten Nummer des alldeutschen, von dem Professor und Weltenberühmter Aristoteles Volger geleiteten „Grazer Wochenblattes“ ist nun in diesem Kampfe gegen Heine eine herrliche Entgleisung passiert. Die Nummer 9 des „Grazer Wochenblattes“ vom 4. des Monats (März) 1906 enthält nämlich folgende Briefkastennotiz:

Dr. A. W. Sie schreiben voll gerechter Entrüstung:

„Geheime Schriftleitung!“

Um den jüdischen Heine-Kultus der „Tagesspost“ und des „Arbeiterwille“ in das richtige Licht zu setzen, genügt wohl der Abdruck des Gedichtes „Reichte“. Wenn da ob des echt jüdischen Jynismus und französischer Freivolit nicht Eitel über den deutschen Rheinlands-Dichter und über seine Nachbeter an'sich, der hat deutsches Föhlen und Denken nie gekannt!“

Wir lassen Ihrem Briefe dieses Schandgedicht folgen. Es lautet:

Reichte.

Das beste meiner Bücher,  
Das hab' ich nie geschrieben;  
Die ich Ihnen meiner Lieber  
Sind ungelungen geblieben.  
Die fertigsten meiner Röhle,  
Die hab' ich nie geköhlt.  
Die stolzen meiner Gelüste,  
Die hab' ich nie geköhlt.  
Sobald ich lieg' im Sterben,  
Nicht mit ein Pföhfen her,  
Denn will ich mein es beichten  
Was mich drückt im Gewissen so schwer.

Die Säulen, die ich bezanzen,  
Bird mir der Himmel vergeh'n,  
Doch die ich verflucht an begeben,  
Die werden mich ewig gereh'n.

Mit dem besten Danke für Ihre Teilnahme und Kampfgenossenschaft und mit alldeutschem Grusse.

Wir föhlen uns im Interesse der deutschen Literatur verpflichtet, Herrn B. (Volger) die Mitteilung zu machen, daß dieses Schandgedicht, das von „echt jüdischem Jynismus“ und „französischer Freivolit“ strotzt, leider nicht von Heinrich Heine, sondern von dem holländischen noch als deutsch anerkanntem — Robert Samriling ist! Ein Blick in die Volksausgabe, Band 3, Seite 340, wird den literarunkundigen allerdeutschen Professor überzeuge. Hoffentlich bezanzzen nun die Deutschnationalen nicht die Demolierung des Germanien-Denkmal!

Generale als Schürzenjäger. Auf der Gemäldeausstellung in Petersburg kam es die er Tage zu einem sonderbaren Vorfall. Alle Besucher der Ausstellung schienen ganz außerordentlich gereizt und nicht der Bilder wegen, sondern aus gegenwärtig scharfer Betrachtung hingekommen zu sein. Namentlich fiel dem unbefangenen Besucher die ganz enorme hohe Anzahl von Generalen in der Ausstellung auf; ganz absonderlich aber war das Gebaren der Generale, die unermüdlich durch die Ausstellungsräume wanderten und etwas zu suchen schienen. Einmal entwickelten dabei sogar ungebührliche Lebhaftigkeit, indem sie wiederholt die Treppe zur oberen Galerie hinauf und wieder herunter stiegen. Fast daselbe Gebaren zeigte die Damenwelt. Dem Schlüssel zu diesem komischen Verhalten gab folgende in der „Kosmopolitische“ erschienenen Erzählung: Ein entsetzende Pränette von leidenschaftlichem Temperament wöhnt die Bekanntschaft eines Generalen zu machen, den sie bei ihrem Spaziergange häufig auf dem Pflaster und der großen Moskaja trifft. Ich werde am 1. März um 3 Uhr Nachmittags auf der Gemäldeausstellung in der großen Moskaja sein und einen Part mit gelben Rosen machen. — Die guten Generale waren hineingeföhrt, doch die entzückende Pränette setzte auf der Ausstellung, und die Redogeneren von Generalen verließen ebenfalls

refaktlos wie im letzten Kriege, und so verließen sie das Schlachtfeld, ohne den Feind gesehen zu haben.

## Der alte Demokrat an seine Epigonen.

Der „Schwäbische Merkur“ berichtet:

„Weil um dem Mißverständnis vorzubeugen, daß richtige Demokraten an der Annahme eines Oberen Aufsicht nehmen könnten, oder gar nehmen müßten, hat der Volksverein zu Reutlingen in einer Versammlung vom letzten Freitag seinen Vorstand beauftragt, den Landtags-Abgeordneten der Stadt Reutlingen, Präsiat von Payer, zu der ihm kürzlich gewordenen Anzeichnung im Namen der Reutlinger Volks-Partei zu beglückwünschen!“

Die Freiheit ist kein Königsweib  
Mit goldgedrehter Stirn;  
In Pausen blüht sie noch dem Weib,  
Die vielverhoffte Dien'.  
Sie liegt nicht im hohen Rat,  
Der Worte macht statt Taten;  
Die Freiheit schleicht auf dem Pferd  
Verlassen und verraten.

Sie ist auch keine Perrenmaib  
Mit Rosen in dem Haare;  
Die freuten in dem Kampf bereit,  
Am Arm der Proletare.  
Sie duftet keinen Feilgeschmeib,  
Und mögt ihr sie auch lobeln;  
Sie ist gemein und dießig gemein  
Und löst sich nimmer abeln.

Der Arbeiter der Kohlen- und Eisenindustrie... zwei Monate Gefängnis... auf 45 Tage Gefängnis und Degradation zum Gemeinen.

Daselbst ist... M. Müller vom Dragoner-Regiment Nr. 8 in Oels wegen Ungehorsams, Mißbrauch der Dienstmacht und Beschädigung... auf 45 Tage Gefängnis und Degradation zum Gemeinen.

### Aus Schlüssen und Wahlen.

#### Gemeindevertreterwahl.

Bei dem am 11. d. M. in Klein-Renkus stattgehabten Wahlen erhielt Herr Karl Kramer 84, der Gegner 17 Stimmen. Kramer ist somit gewählt. In der zweiten Klasse sind die Gemeindevorsteher... Kramer und Hoffmann mit 10 gegen 16 und 17 Stimmen... Kramer ist somit gewählt.

Bei dem am 12. d. M. in Klein-Renkus stattgehabten Wahlen... Kramer erhielt 84 Stimmen... Kramer ist somit gewählt.

Bei dem am 20. d. M. in Klein-Renkus stattgehabten Wahlen... Kramer erhielt 84 Stimmen... Kramer ist somit gewählt.

Bei dem am 20. d. M. in Klein-Renkus stattgehabten Wahlen... Kramer erhielt 84 Stimmen... Kramer ist somit gewählt.

#### Zum Gottesberger Bergarbeiterstreik

welcher bürgerliche Diktator: Den Streik auf den Schieferen Kohlen- und Kokswerken benutzt eine der größten Fischen des Rheinlandes, um 500 bis 600 Vergleiche ans Gottesberger anzuwenden. — Wenn diese Nachricht auf Wahrheit beruht, wird die Direktion die Forderungen der Streikenden sehr bald bewilligen müssen, weil sie nicht den letzten Arbeiter verlieren.

#### Preussische Versammlungsfreiheit.

Am 18. März sollte in Peterswalde in Gasse zur „Glocke“, dem Gehobehäuser Riese weiter gehörig, eine vom sozialdemokratischen Wahlverein veranstaltete Mitglieder-Versammlung stattfinden, in welcher der Reichsanwalt Generalprokurator Herr August Kühn referieren sollte. — Noch während der Einleitungsrede, die zur nur zum Besten der Sache diente, um die Versammlung von dem überwachenden Gendarmen aufge- löst zu werden, unterbrach der Herr Generalprokurator die Versammlung mit dem Hinweis, daß die Versammlung der Ordnung der Versammlung nicht entspricht. — Die Versammlung wurde aufgelöst. — Die Versammlung wurde aufgelöst. — Die Versammlung wurde aufgelöst.

#### Vom Kohlenwucher in Oberschlesien.

Die ober-schlesische Kohlen-Konvention war jedenfalls schon längst davon unterrichtet, daß der Fiskus der Bestimmung der Privatgüter keinen Erfolg durch die Fiskus-Konvention machen werde. Die andere Seite wogte sich in trügerischen Hoffnungen in der Annahme, daß der Fiskus der von der Konvention beschlossenen, per 1. April in Kraft tretenden Preisobergrenze um 50 Pfg. pro Tonne nicht folgen werde. Der Fiskus hat das in ihm gesetzte Vertrauen glänzend gerechtfertigt, er hat die private Preisbremse noch übertroffen! Anstatt um 50 Pfg. ist der Preis für einzelne Sorten künstlicher Kohle um 60, um 70 Pfg. erhöht worden. Gegen April 1904 stellen sich ab erster April dieses Jahres die Preise für künstliche Kohle um 70 bis 80 Pfennige, für Erbsen um 110 bis 130 Pfennige, für Weizen um 100 bis 120 Pfennige höher. Bei dieser künstlichen Preisbildung muß ein Moment besonders betont werden. Durch die Verteuerung der Kohle wird in der Hauptsache die Kleinindustrie betroffen; Gasbrand kommt zum Beispiel für den Sommer nur ganz minimal in Betracht und die großen Unter- nehmer haben sich schon Kohlenproduzenten, aber sie erlangen Sonder- preise. So gestiegen sich in der Praxis der „Schutz der Schwachen“, das ist künstliche Mittelhandspott!

#### Folgen des Wuchertarifs.

Die Pannschiffbauern der Provinz Posen, die am Sonntag im Hotel de Soze in Posen versammelt waren, beschlossen, eine allgemeine Erhöhung der Preise für Pannschiffe einzutreten zu lassen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme wurde mit den durch den neuen Zolltarif verursachten hohen Löhnen für die Arbeiter begründet. — Auch hier sind es wieder nur die Arbeiter, die hinten stehen.

#### Der Lauf vom Hanse Romanow.

Während unter östlicher Nachbar mit seinen blutdürstigen Kolonialherren in der unterirdischen Welt fort und fort mit Schergen und allen möglichen Liebeswürdigkeiten von Deutschland überschüttet wird, zeigt er sich auch nicht den geringsten Sinn, nicht das geringste Entgegenkommen dafür. Man weiß in Russland recht gut, daß je mehr Zölle man nach Deutschland versetzt, desto häßlicher der treulose Stiefel geht, und man handelt danach. Ein Beweis dafür ist unter anderem auch folgendes: Um den störenden Grenzverkehr an der deutsch-russischen Grenze zu regeln, wurde, wie Polener Blätter berichten, eine Konferenz zwischen fünf Vertretern der Eisen-

industriellen, russischen, polen, russland, solle und stin... Die Konferenz ist von den Russen schon bestritten worden, aber nur, um zu erklären, daß von russischer Seite auf Verbesserungen oder Erleichterungen im Eisenbahnverkehr nicht zu hoffen ist. Das unsere Willen und Konsorten aber nicht abhalten wird, auch weiterhin vor seinem lebenswichtigen Nachbar zu stehen.

Die Konferenz ist von den Russen schon bestritten worden, aber nur, um zu erklären, daß von russischer Seite auf Verbesserungen oder Erleichterungen im Eisenbahnverkehr nicht zu hoffen ist. Das unsere Willen und Konsorten aber nicht abhalten wird, auch weiterhin vor seinem lebenswichtigen Nachbar zu stehen.

Deutsch-Sißig, 23. März. Ein Erfolg der Organi- sation. In der Lederfabrik von E. Stürmer haben die Arbeiter außer anderen Forderungen durchschlüssig eine Lohnverbesserung von 3 Pfennig pro Stunde durchgesetzt. Diese Arbeiter sind im Verbande der Fabrikarbeiter und -Arbeiterinnen, Zehlfelder, Bielefeld, organisiert.

Orleg, 23. März. In der Drahtwerke von Schafeldern u. Comp. ist ein Streik ausgebrochen. Der Grund ist in der schlechten Lage, in welcher sich die Handwerker und Arbeiter befinden, zu suchen. Ganz entsprechende Forderungen um Aufhebung der Löhne (dieselben betragen 15-21 Pfg. pro Stunde für erwachsene Arbeiter!) wurden von Herrn Ingenieur Wehlisch abgelehnt. Verhandlungen des Fabrikarbeiter- sowie Metallarbeiter-verbandes waren resultatlos, ja es wurde einer gewählten Kommission die Tür gewiesen.

Hirschberg, 23. März. Der Soldatenpeinigende Feldwebel. Wie wir seiner Zeit mitgeteilt, war der Feldwebel Karl E. vom 5. Jägerbataillon in Hirschberg wegen vor- schriftswidriger Behandlung Untergebener in 17 Fällen vom Kriegsgericht der 9. Division in Görlitz zu vierzehn Tagen gelinden Arrests verurteilt worden. Der Gerichtsherr hatte gegen dieses Urteil wegen geringen Strafmaßes Berufung eingelegt. Es soll E. u. a. dem Jäger v. R., der eine schlaue Haltung einnahm, einem Stoß ins Gesicht verlegt haben, so daß er zurückfiel; das soll nach den Aussagen des Mißhandelten sowohl bei der Stiefelreinigung als auch beim Schießen geschehen sein, bei welcher Gelegenheit auch mancher andere einen leichteren „Klapp“ bekommen haben soll. Dem Jäger E. soll der Angeklagte beim Einreten in die Stube Knüttel ge- schickt haben. In diesen beiden Fällen nahm der Gerichtsherr nicht vor-schriftswidriger Behandlung, sondern Mißhandlung Unter- gegebener an. Der Feldwebel wollte keinen seiner Leute schlagen, sondern sie beim Schießen nur einige Male „angefaßt“ haben. (Die altbekannte faule Methode.) Sein Kompaniechef bestrafte ihn, daß er ein sehr pflichttreuer Feldwebel gewesen sei, der von seinen Untergebenen viel verlange und sie dabei nicht schonen. (1) Der Bataillonschef gab ihm das Zeugnis, daß er ein ganz vor- trefflicher Feldwebel sei. Der Anklage erretter beantragt, drei Fälle von Mißhandlung und 14 Fälle vor-schriftswidriger Be- handlung anzunehmen und die Strafe auf vier Wochen ge- linden Arrests zu erhöhen. Das Oberkriegsgericht verworft die Be- rufung des Gerichtsherrn und ließ es bei vierzehn Tagen gelinden Arrests bewenden. Es nahm an, daß keine Mißhandlung, sondern nur vor-schriftswidrige Behandlung vorliege!

Jauer, 22. März. Eine öffentliche Metall- arbeiter-Versammlung fand am 17. d. Mts. statt, in der Kollege Tittel-Strigau über den Zustand und Nutzen der Gewer- schaft referierte. Leider ließ der Reich der Versammlung sehr zu wünschen übrig. Das nützt der Beifall, wenn die Laten fehlen!

Einen besseren Erfolg zeitigte die Han- dlungsarbeiter-Versammlung, in der Kollege Julius Volkmann-Breslau sprach. Sieben Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen, so daß die Zahlstelle nunmehr 17 Mit- glieder zählt.

Die Einzelmitglieber des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbandes hielten am Montag eine Besprechung ab. Es wurde beschlossen, am 2. April eine öffentliche Versammlung abzuhalten und als Referenten den Gauleiter Gustav Neuring aus Dresden zu bestellen. Ferner findet jeden zweiten Donnerstag im Monat eine Mitglieder-Versammlung statt.

Bromberg, 22. März. Pfaffenbesorgnis. Die in letzter Zeit von hiesigen Arbeitern erfolgte Austrittsbewegung aus der Landeskirche hat der hiesigen Geistlichkeit zum Mißfallen ihrer Werbeträger Veranlassung gegeben. In einem dieser Arbeiter, der seinen Austritt aus der Landeskirche angeigt, begab sich ein Geistlicher zu verschiedenen Malen, und da er diesen nicht zu Hause an- traf, ließ er seine Felle fort, jedenfalls in dem guten Glauben, den Abtrünnigen doch mal zu besuchen. Nach längerem Verweilen gelang es dann auch dem Seelenhirten, den Gefährten in seiner Woh- nung anzufragen. Vielen erwachte aus der Scheitelkappe, ihm doch wegen seines Vorhabens näher Mitteilung zu machen. Diesem Wunsche kam der um Auskunft Angegangene recht gern nach und erzählte dem Herrn mehr, als er zu wissen beliebte. Als der Seelen- hirt nun sah, daß alles Reden vergebens war, verschwand er schamlos.

Bromberg, 20. März. Recht traurige Lohn- und Arbeits-Verhältnisse herrschen hier im Han- dels- und Transport-Gewerbe. Trotzdem sind die Leute zur Organisation nicht zu bewegen, sie sehen es ein, daß eine Ren- derung nur tut, daß sie es aber selbst sind, die dabei mit- helfen sollen, kommt ihnen nicht in den Sinn. Die Arbeitszeit fängt meistens um 5 Uhr früh an und soll um 7 Uhr zu Ende sein, daß es aber oft 9 oder 9½ Uhr wird, macht nichts, der Arbeiter kann ja nie genug leisten! Gehaltsbiener oder bergleiten gibt es sehr wenig, am meisten arbeiten man in den Geschäften mit Laufburschen und Laufmädchen. Ein idyllisches Dasein haben die Straßenbahner. Dort ist der Führer Wä- gen für alle. Er muß fahren, aufpassen, daß er nicht loskommt, er muß leichten, beim Schaffen gibt es nur an einigen Tagen in der Woche. Der Anfangslohn beträgt 53 M. pro Monat, steigt innerhalb eines Jahres bis 80 Mkt., um dann fünf Jahre auf 80 Mkt. stehen zu bleiben, die höchste Gehaltsstufe ist 90 Mkt. Wie viele mögen diese Stufen wohl erreichen? Der Kistenlohn der Ausbilstschaffner beträgt 25 M. 26 Pfennige pro Stunde. Daß durch das Fahren und gleich- zeitige Klaffen der Fahrpläne der Führer einen sehr schweren Dienst hat, kann wohl niemand leugnen, ebenso daß die Sicher- heit des Publikums darunter leidet. Die Bromberger Postzeitung hat sich so lebhaft der Bromberger Arbeiter-Versam- lung angeschlossen, daß sie diese Liebe auch auf das Publikum aus- dehnen möchte. Die Verwaltung der Bromberger Straßenbahn, nicht nur an einigen Tagen, sondern stets Schaffner und Führer auf den Wagen zu haben.

Die Einzelmitglieber des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbandes hielten am Montag eine Besprechung ab. Es wurde beschlossen, am 2. April eine öffentliche Versammlung abzuhalten und als Referenten den Gauleiter Gustav Neuring aus Dresden zu bestellen. Ferner findet jeden zweiten Donnerstag im Monat eine Mitglieder-Versammlung statt.

Bromberg, 20. März. Recht traurige Lohn- und Arbeits-Verhältnisse herrschen hier im Han- dels- und Transport-Gewerbe. Trotzdem sind die Leute zur Organisation nicht zu bewegen, sie sehen es ein, daß eine Ren- derung nur tut, daß sie es aber selbst sind, die dabei mit- helfen sollen, kommt ihnen nicht in den Sinn. Die Arbeitszeit fängt meistens um 5 Uhr früh an und soll um 7 Uhr zu Ende sein, daß es aber oft 9 oder 9½ Uhr wird, macht nichts, der Arbeiter kann ja nie genug leisten! Gehaltsbiener oder bergleiten gibt es sehr wenig, am meisten arbeiten man in den Geschäften mit Laufburschen und Laufmädchen. Ein idyllisches Dasein haben die Straßenbahner. Dort ist der Führer Wä- gen für alle. Er muß fahren, aufpassen, daß er nicht loskommt, er muß leichten, beim Schaffen gibt es nur an einigen Tagen in der Woche. Der Anfangslohn beträgt 53 M. pro Monat, steigt innerhalb eines Jahres bis 80 Mkt., um dann fünf Jahre auf 80 Mkt. stehen zu bleiben, die höchste Gehaltsstufe ist 90 Mkt. Wie viele mögen diese Stufen wohl erreichen? Der Kistenlohn der Ausbilstschaffner beträgt 25 M. 26 Pfennige pro Stunde. Daß durch das Fahren und gleich- zeitige Klaffen der Fahrpläne der Führer einen sehr schweren Dienst hat, kann wohl niemand leugnen, ebenso daß die Sicher- heit des Publikums darunter leidet. Die Bromberger Postzeitung hat sich so lebhaft der Bromberger Arbeiter-Versam- lung angeschlossen, daß sie diese Liebe auch auf das Publikum aus- dehnen möchte. Die Verwaltung der Bromberger Straßenbahn, nicht nur an einigen Tagen, sondern stets Schaffner und Führer auf den Wagen zu haben.

Die Einzelmitglieber des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbandes hielten am Montag eine Besprechung ab. Es wurde beschlossen, am 2. April eine öffentliche Versammlung abzuhalten und als Referenten den Gauleiter Gustav Neuring aus Dresden zu bestellen. Ferner findet jeden zweiten Donnerstag im Monat eine Mitglieder-Versammlung statt.

Die Einzelmitglieber des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbandes hielten am Montag eine Besprechung ab. Es wurde beschlossen, am 2. April eine öffentliche Versammlung abzuhalten und als Referenten den Gauleiter Gustav Neuring aus Dresden zu bestellen. Ferner findet jeden zweiten Donnerstag im Monat eine Mitglieder-Versammlung statt.

Die Einzelmitglieber des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbandes hielten am Montag eine Besprechung ab. Es wurde beschlossen, am 2. April eine öffentliche Versammlung abzuhalten und als Referenten den Gauleiter Gustav Neuring aus Dresden zu bestellen. Ferner findet jeden zweiten Donnerstag im Monat eine Mitglieder-Versammlung statt.

Die Einzelmitglieber des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbandes hielten am Montag eine Besprechung ab. Es wurde beschlossen, am 2. April eine öffentliche Versammlung abzuhalten und als Referenten den Gauleiter Gustav Neuring aus Dresden zu bestellen. Ferner findet jeden zweiten Donnerstag im Monat eine Mitglieder-Versammlung statt.

Sure Interessen gegen die Ausbeutung der Kapitalisten kämpfenden General-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, dessen Bureau in Salob-straße 17 befindet.

— Eine traurige Rolle spielen hier die sogenann- ten Christlichen, welche als vornehmste Pflicht betrachten, andere um ihre Ehre kämpfende Arbeiter der Polizei zu be- nimmern. Abgelesen von dem famosen Herrn Krug, der einen freien Gewerkschaftler wegen Bettelanklages 30 Mark Strafe er- zwirkte, haben vor einigen Wochen wieder zwei christliche Helde- denselben Kollegen benutzert wegen Bettelanklages zu einer Fabrikarbeiter-Versammlung, welche christliche Laien dem Kollegen 60 Mark Strafe einbrachte. Ob es da noch viel Arbeiter gibt, die sich diesen Ausbeuter-Vertretern anschließen? Wir wollen es nicht glauben. Und Herr Krug hat ja erklärt, er lebt nicht von Arbeitergroßen!

In die Arbeiter-Bromberg oder ergeht die Warnung: Kolleg! Sucht fern von diesen sogenannten Christlichen und schließt Euch nur dem Zentralverband an, damit auch hier mal an die Besserung Eurer Lohn- und Arbeits-Verhältnisse gegangen werden kann. Ob deutsch oder polnisch, ob evangelisch oder katha- lisch, Ihr gehört alle zusammen, ohne Unterschied, denn Ihr werdet alle gleichmäßig ausgebeutet!

#### Volkszählungsergebnisse.

Während seither über die am 1. Dezember 1906 im Deutschen Reich stattgehabene Volkszählung nur die Ergebnisse aus einzelnen Bundesstaaten bzw. einer Reihe von Orten bekannt gegeben werden konnten, ist die Bearbeitung des umfangreichen Zählmaterials nun zu einem gewissen Abschluß gelangt, der einen etwas allge- meineren Überblick über die Bevölkerungsverhältnisse des Reiches gestattet. Freilich handelt es sich auch hierbei nur um vorläufige Ergebnisse, denn die vollständige Er- ledigung des Zählgeschäftes und seiner Bearbeitung wäh- reit noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Nach den Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reiches ergab die letzte Volkszählung für das gesamte Reich eine orisonweisende Bevölkerung von 60,606,183 Personen, davon 29,868,096 männlichen, 30,737,087 weiblichen Geschlechts. Bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 belief sich die Bevölkerung des Reiches auf 56,387,178, sie ist mithin in den 5 Jahren um 4,218,005 oder 7,52 Prozent gewachsen. Wenn man die Bevölkerung des Reiches im Jahre 1900 auf 56,387,178, die im Jahre 1906 auf 60,606,183 setzt, so ergibt sich ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 0,76 Prozent. Das Verhältnis zwischen beiden Geschlechtern stellt sich somit derart, daß während im Jahre 1900 auf 100 männliche Personen 103,29 weibliche Personen kamen, jetzt beruhen nur noch 102,91 entfallen. Entwickelt sich das Zahlenverhältnis der beiden Geschlechter zu einander weiter in dieser Richtung, so eröffnen sich unseren betriebslustigen Existenzherren keine unerfreulichen Aus- sichten, die ihre Anforderungen an den männlichen Teil der Be- völkerung hoffentlich nicht allzu hart stellen werden.

Im Vergleich zu den früheren seit Bestehen des Deutschen Reiches veranstalteten Volkszählungen weist das Jahr 1906 bis 1900 den höchsten Bevölkerungszuwachs auf, das Jahr 1880 bis 1885 den geringsten. Im ganzen hat sich die Ein- wohnerzahl des Reiches seit 1871 um 19,546,391, also um 47,61 Prozent vermehrt. In der verfloßenen Zahlperiode betrug die Bevölkerungszunahme jährlich 1,45 Prozent der mittleren Bevölkerung, in der vorhergehenden 1,50 Prozent und von 1880 bis 1885 nur 0,70 Prozent. Die Lebenserwartung des Durchschnitts in den einzelnen Zählperioden beruht auf der un- gleichen Höhe des Geburtenüberschusses über die Sterbefälle, falls auf der verschiedenen Stärke der Auswanderung. Die Bevölkerungsdichtigkeit hat seit 1871 sehr erheblich zugenommen. Während damals nur 75,9 Einwohner auf einen Quadratkilometer entfielen, ist diese Zahl im Jahre 1906 auf 112,1 gestiegen. In Bezug auf Bevölkerungsdichtigkeit steht Deutschland unter den europäischen Staaten an fünfter Stelle. Uebertroffen wird es nur von England mit 215,34, Irland 192,66, Niederlande 154,30, Belgien 227,25 und Italien mit 113,28 Einwohner pro Quadratkilometer. Dagegen stehen Staaten ähnlicher Größe wie Deutschland gegenüber dessen Be- völkerungsdichtigkeit erheblich zurück, sie betragen beispielsweise bei Frankreich nur 72,6, Spanien 36,9, Schweden 11,5 Einwohner pro Quadratkilometer. Eine größere Bevölkerungsdichte wie Deutschland haben von den wichtigeren Kulturstaaten nur Rus- land und die Vereinigten Staaten von Nordamerika aufzu- weisen.

Setzt man sich in allen Bundesstaaten eine Zunahme der Bevölkerung entgegen. Am größten war sie, abgesehen von den Hansestaaten Bremen, Hamburg, Lübeck, wo sie 9,38 bis 17,14 Prozent erreichte, im Großherzogtum Oldenburg (9,77 Pro- zent), Preußen (8,14 Prozent) und Großherzogtum Hessen (8,14 Prozent). Die geringste Vermehrung wiesen auf: Mecklenburg- Strelitz (0,63 Prozent), Waldeck (2,10 Prozent) und Mecklen- burg-Schwerin (2,82 Prozent).

Von den Bundesstaaten am dichtesten bevölkert erscheint, abgesehen von den Hansestaaten, das Königreich Sachsen mit 300 Einwohnern auf einen Quadratkilometer. Württemberg rangiert erst an 13. Stelle mit 117,9. Am dünnsten bevölkert sind wiederum die beiden Mecklenburger mit 35,2 bzw. 47,6 Einwohner pro 1 Quadratkilometer.

Die Zahl der Großstädte mit 100,000 und mehr Ein- wohnern ist seit 1900 von 33 auf 41 gestiegen, worunter sich Stuttgart nunmehr an 12. Stelle mit 249,443 Einwohnern be- findet.

In den 41 Großstädten waren am 1. Dezember 1906 11,498,049 Personen gleich 18,97 Prozent der Reichsbe- völkerung ortsbewohnend. Berlin, an der Spitze der Groß- städte marschierend, zählt nunmehr 2,040,222 und ein- schließlich seiner Vororte, wovon 3 selbst Großstädte sind, 2,989,126 Einwohner. An Gemeinden von über 20,000 Einwohnern sind im ganzen 249 vorhanden, von denen 27 preussische Orte nicht den kommunalpolitischen Charak- ter der Städte besitzen, sondern noch als Landgemeinden gelten.

#### Arbeiterbewegung.

Der französische Bergarbeiterstreik greift immer weiter um sich. Wie aus Lens berichtet wird, kann der Streik als all- gemein betrachtet werden. 85,000 Arbeiter sind im An- stande.

Wie aus Lens weiter gemeldet wird, wollen die Bergwerks- gesellschaften den Arbeitern einen Tagelohn von 8 Francs 80 Cent- erwähren; die Ausländigen verlangen aber einen Tagelohn von 7 Francs 10 Cent. Die Bergwerksgesellschaften hoffen jedoch, daß ein Einverständnis zwischen ihnen und den Ausländigen bald zu erzielen sei. Der Gewinnansatz, den die Bergwerksgesellschaften der Departements Nord und Pas de Calais infolge des Ausstandes er- leiden, beträgt täglich 1,025,000 Francs. Die deutschen Kohlen- bergwerke verkaufen täglich für 1 Million Francs an französische Industrielle.

In dieser Angelegenheit haben bereits die deutsche Bergleut- Stellung genommen. Aus Köln wird der Berliner „Volkszeitung“ gemeldet:

Angesichts des Zustandes der französischen Bergarbeiter fordert die Arbeiterpresse des Ruhrreviers die Bergleute...

Auf dem „Wallan“ in Stettin sind die Verfechter in den Streik getreten. Was hat dies in den Streik gebracht?

Die Arbeit der Verfechter gehört nun aber ohnehin zu den gesamtwirtschaftlich schädlichen. Die Arbeiter würden sich...

Lebigeun scheint auch jetzt, wo die Verfechter Ernst gemacht haben, dem Meister und anderen die Erkenntnis zu dämmern...

Die Arbeitslosigkeit im Kohlenbergbau ist nach den Erhebungen im Januar 1906 folgendes Ergebnis: Es existierten 74 Bergwerke mit einem Mitgliederbestand von 181,421...

Schwarzarbeiter in der Schweiz. Das schweizerische Einkommensamt für das Buchdruckergewerbe hat bezüglich der Arbeit...

Die Textilarbeiter-Aussperrung in Mühlhausen. Aus Straßburg schreibt uns unser W-Korrespondent vom 20. März: Max Lorenz hat diese Tage geschrieben: „Die Sozialdemokratie mandoriert uns in den Sumpf“...

Vermishtes. Eine wackende Statistik. Die Gefängnisstatistik zu Elberfeld-Barmen hat bei 100 im ununterbrochener Reihenfolge...

Stadtesamtliche Nachrichten.

Gerichts-Ankündigungen. III. Maxine Fritz Meßler, ev., Hofplatz 11, und Martha Dirbach, ev., ebenda, ebenda...

Table with multiple columns listing names, addresses, and professions. Includes a sub-section for wheat prices (Weizen) with columns for price and quantity.

Augenblätter für Augen jenseit mir nach ärztlicher Vorschrift. In „Ocularium“, Breslau, Ohlauerstr. 84 erhält Jeder Brillen und Pincenez von 2 Mt. an nach vorheriger kostenloser ärztlicher Beratung.

Am 31. d. Mts., nachts 11 Uhr, verschied nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser unvergesslicher Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Schleifer Robert Ulbrich...

Am 21. d. Mts. verschied unser Freund und Kollege, der Schleifer Robert Ulbrich. Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren Die Mitglieder der Unterstützungskassencasse Abt. IV. Breslauer Akt.-Ges. für Eisenbahn-Wagenbau vorm. Linko.

Zu staunend billigen Preisen kauft man das eleganteste und haltbarste Schuhwerk, bei denkbar größter Auswahl in Konfirmations-, Kinder-, Strand- und Zeugschuhen sowie Holz- und andere Pantoffeln...

Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat. Aus dem Holländischen des Dr. J. van den Brink, römisch-katholischer Priester zu Greda in Holland. Preis 10 Pfennige.

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek. 9 Bände: 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen, 2. Das erste Lebensjahr, 3. Gesundheitspflege des Nervensystems, 4. Der Achtstundentag, 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse, 6. Das Schulkind, 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten, 8. Nahrung und Ernährung, 9. Wie sollen wir uns kleiden?

Eine grosse Überraschung für Jeden bietet das Schuhwarenhaus Krojanker BRESLAU. Gräbschenerstr. 36. Neue Graupenstr. 7. Damenstiefel, Herrenstiefel, Für Konfirmanten! Bon! Bei Einkauf darf dieser Bon von 3 Mark an für 25 Pfg. in Zahlung gegeben werden. Bon!

Stadt-Theater.

Freitag:
Gastspiel
Sue von der Dren:
Marie, die Tochter des
Regiments.
Sonntag:
Sue von der Dren:
Marie, die Tochter des
Regiments.

Robe-Theater.

Freitag:
Die Geliebte.
Sonntag:
Gastspiel
Alexander Girardi:
Er und seine Schwester.

Volks-Vorstellungen im
Thalia-Theater.

Freitag:
Gruppe J. 4. Vorstellung:
Jugend.
Sonntag:
Gruppe K. 4. Vorstellung:
Jugend.

Thalia-Theater.

Sonntag abends 7 1/2 Uhr:
Im weichen Stuhl.

Liebig's Etablissement

Telephon 1846.
Nur noch kurze Zeit
Enigmarelle
und 11 Debut.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater

(Klimmberg Garten).
12 Attraktionen 12
u. U.:
Leo Cardy-Trio
als Könige der Luft.
Chester Dick
b. vornehmste Kunstschule.
Willi Heyden
Dumochi
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sont an Wochentagen allst.

KUNZERREISBARE
ARBEITS-
HOSEN
G. Knauerhase Nachfolger
Oskar Dehmel
Neumarkt 45, keine Bude

Hut-Hanke

Friedrich-Wilhelmstrasse 23
empfiehlt Hüte, nur gute, reelle
Qualitäten für Herren u. Knaben.
Mützen, Stöcke, Schirme
zu billigsten Preisen.

Stamm-Seidel,
Vereins-Seidel,
Geburtsstags-Seidel,
Hochzeits-Seidel,
Jubiläums-Seidel,
in grosser Auswahl empfiehlt
Otto Mikach, 3
Kupferschmiede-Strasse 47.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Das vormals
Martha Christmann'sche Nähgeschäst,
Schönlagerstrasse 37, ist auf bez
Scheitnigerstrasse 36
wieder eröffnet worden, und bitte um gütige Unterstützung
meines neuen Unternehmens.
Dochachtungsvoll
Frau Martha Christmann.

Zentral-Vorband der Schmieled

(Zahlstelle Waldenburg).
Sonntag, den 25. März 1906
Winter-Vergnügen
Im Saale des „Nachtzuhause“,
bestehend in
Gesang, humoristischen Vorträgen und Tanz.
Programm im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 35 Pf.
Anfang abends 7 Uhr. Das Komitee.

Fr. Siebel's Restauration

Schmiedefeld.
Sonntag, den 25. März 1906:
Großes Bockfest
wogu freundlichst einlobet
Fr. Siebel.

Zentralverband der Töpfer.

Freitag, den 23. März ev., abends 8 Uhr:
Versammlung
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Tages-Ordnung: Bericht der Lohnkommission über die Ver-
handlungen mit den Arbeitgebern.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht.
Zentral-Vorband der Töpfer z. Bg. Deutschlands, Filiale Breslau.

Geldschrank, Kontrollkasse,

Planus, Puffel, Jordslofa, Plä digeritne, Schreibische,
Schreibschrank, Schranke, Vertikal, Spiegel, Bettstellen
und Matrassen. Ausrichtliche, Sofas billig zu verkaufen
Goldene Stadegasse 27a, 1. Stg., bei Markus.

C. Welte, Juwelier.
Blücherplatz, Eing. Reichelstr.
Goldene Ringe
von 2 Mk. an.
Fingerringe,
Kammbänder
von 1 Mk. an.
Ohrringe, Kollern, Damen- und
Herren-Uhren in jeder Preislage.
Trauringe billigst.
Reparaturen werden prompt in
eigener Werkstatt ausgeführt.

Herren-Anzüge

nach Mass
von 18 Mark an
garantirt labellofen Sit
empfiehlt
Eugen Hamburger
Konfektionshaus
Bohrnerstrasse No. 25
das Nachbarkraße.

Neueste
Frühjahrs-Moden
Herrenhüte und -Mäntel
Knabenhüte und -Mäntel
kauft man nur erst, gut u. billig
bei F. Paul, in Badstüb
Friedr.-Wilhelmstr. 9.

Genossen

kauft die
Schulbücher
Büchertaschen
Schreibmaterialien etc.
für eure Kinder
in der
Buch- u. Papierhandlung
von
Fritz Joachim,
Stischstrasse 77.

Bücher und Inletts

Trikol- u. Strumpfwaren
Arbeiterhosen u. Hemden
Wäsche blaue Blusen
Monteuranzüge und
Kinder-Waschanzüge
zu billigsten Preisen.
Berthold Riedel
Friedrich-Wilhelmstr. 21
Ecke Mittelgasse.

Zentral-Vorband der Schmieled

(Zahlstelle Waldenburg).
Sonntag, den 25. März 1906
Winter-Vergnügen
Im Saale des „Nachtzuhause“,
bestehend in
Gesang, humoristischen Vorträgen und Tanz.
Programm im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 35 Pf.
Anfang abends 7 Uhr. Das Komitee.

Fr. Siebel's Restauration

Schmiedefeld.
Sonntag, den 25. März 1906:
Großes Bockfest
wogu freundlichst einlobet
Fr. Siebel.

Zentralverband der Töpfer.

Freitag, den 23. März ev., abends 8 Uhr:
Versammlung
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Tages-Ordnung: Bericht der Lohnkommission über die Ver-
handlungen mit den Arbeitgebern.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht.
Zentral-Vorband der Töpfer z. Bg. Deutschlands, Filiale Breslau.

Geldschrank, Kontrollkasse,

Planus, Puffel, Jordslofa, Plä digeritne, Schreibische,
Schreibschrank, Schranke, Vertikal, Spiegel, Bettstellen
und Matrassen. Ausrichtliche, Sofas billig zu verkaufen
Goldene Stadegasse 27a, 1. Stg., bei Markus.

Henkel's
Bleich-Soda
Bestes u. billigstes
Wasch- u. Bleichmittel.

Zur Konfirmation!

Uhren, Ketten, Ringe.
Nur gutes Fabrikat.
Billigste Preise.
Max Frenzel, Uhrmacher
Friedrich-Wilhelmstr. 39.

Zum Osterfest

offeriere
sämtliche Neuheiten der Saison.

Damen-Schnür- und
Knopfstiefel
schwarz oder farbig
Leder . . 5.50, 6.50
Damen-Halbschuhe
zum Schnüren, Knöpfen
od. m. Spanglen, schwarz
oder farbig Leder
3.50, 4.50
Herren-Schnür-
Knopf-, Zug-
und Schnallenstiefel,
schwarz oder farbig
Leder . . 7.50, 8.50
Herren-Halbschuhe
für die Strasse, für's Rad,
für Sport 4.50, 5.50
Schuhwarenhaus
Ludwig Herz, Breslau I,
Blücherplatz 4.

A. Schumm's Brennerei

Scheitnigerstrasse No. 20, Ecke Hirschstrasse
Inhaber: W. Hinkel
empfiehlt seine Vollbierkisten einer geneigten Beachtung.
Musikant Haase'sher Biere
und besten alten Getreidekorns
eigens fabrikats; in Jemians von 5 u. 10 Liter frei Haus.

Zur Konfirmation

Wollen Sie gut und billig kaufen,
so verlassen Sie nicht, mein seit
über 20 Jahren bestehendes, rühm-
lichst bekanntes Geschäft zu besuchen.
Weine außergewöhnlich billigen Preise
und die Größe der Auswahl werden
Sie überraschen.

Albert Möwius, Uhrmacher,

Uhren- u. Goldwaren-Kaufhaus,
Kupferschmiedestr., Eckhaus Schmiedebäume 50
zu den zwei elektrischen Straßenbahnen.
Reparaturen werden in meiner Spezialwerkstatt gut u. billig ausgeführt.

J. Zöllner, Schuhmachermstr.

empfiehlt sein reichhaltiges Lager von
Schuhwaren elegant und
dauerhaft
in jeder Ausführung, als
Stiefeln, Samaschen, Schnürschuhe,
Hausschuhe für Damen, Herren und Kinder.
Holzschuhe, Pantoffeln, Dachdeckerschuhe
zu billigen Preisen.
Ring-Bude 30, vis-à-vis Henel-Fuchs und
Neumarkt-Bude 299, an der Litfass-Säule.

Wandleihe Münzstr. 2. C. Freundt.

Auswärts briefl.

Konfirmanden - Anzüge

in größter Auswahl
von 6.50 Mk. bis 22 Mk.
am Lager vorrätig.
Gustav Knauerhase
Inhaber: Oskar Dehmel
nur Neumarkt 45, part. u. 1. St.

Maurer, Zimmerleute, Arbeiter!

Empfehle vorzügliche Arbeiterkonfektion, als:
engl. Lederhosen, Zeughosen, Maurerhosen und
Maurerblusen, sowie sämtliche Berufskleidung.
Eugen Hamburger
585 Bohrerstrasse 25, Ecke Nachbarkraße.
Fahrkosten der Elektrischen Straßenbahn oder Omnibus
werden zurück erstattet.

Paul Pluntke

38 Friedrich-Wilhelm-Strasse 38
vis-à-vis „Deutscher Kaiser“
empfiehlt sein gut assortiertes Lager in
Sonnenschirmen, Regenschirmen, Krawatten,
Handschuhen, Hosenträger, Herrenmäntel.
Schirmreparaturen schnell und billig in eigener Werkstatt.
Etwas Neuheiten. — Pillaste Grise.

Hervorragende Anerkennungs schreiben!

Die Rasenbleiche zu Hause!
Achinin-Seife!
Ideale, neue, chemische, chlor- und säurefreie Sauer-
stoff-Bleich- und Wasch-Seife von hohem Bleich- und
Waldschliff, sowohl für verquillte feine Leib- Bett-, Tisch-,
Gardinen- u. Hauswäsche, als auch für vergraute, grobe
Handwerker- u. Arbeiterwäsche. Geradezu unentbehrlich
für verjauchte Schwämme, Menstruations- u. Kinderwäsche.
Einzig bewährte Wollwäsch-Seife. Schon die Wäsche
aus Leinwand, macht sie klar und blütenweiß und gibt
ihnen einen desinifizierenden, an natürlicher Rasenbleiche
erinnernden, erfrischenden, wohlthuenden Sinnen-Bätsche-
geruch, den wir so gern wahrnehmen, wenn wir uns
in der Kindheit über Großmutter's geöffnete Wäsche-
truhe bewahren.
Das Pfund 24 Pf., 12 1/2, Pfd. Mk. 3.—,
25 Pfd. Mk. 6.—, Emalle-Eimer dazu gratis.
Überall zu haben. Niederlagen werden auf Wunsch
mitgeteilt. Wo solche nicht, wird franco geliefert durch die
Chemische Fabrik Gräbschen
Gebrüder Wolzendorff, Breslau-Gräbschen.



## Vom Seemannschutkongress.

Der allgemeine Seemannschutkongress für alle an der Schifffahrt und am Schiffbau beteiligten Arbeiter, der zur Zeit in Berlin tagt, befaßt sich am zweiten Verhandlungstage mit der Frage der sozialen Fürsorge für die Seemannsleute, Binnen- und Küstenarbeiter, Fischer, Fischweilener, Seizer, Zunftschlichter, Verbandsbuchhändler, Döring-Hamburg, die Arbeitsverhältnisse der Seemannsleute, und hier kam begreiflicherweise vor allem Deutschlands erste Handelsstadt in Betracht. Im Jahre 1894 hatten sich die Hamburger Seemannsarbeiter um Erlaß besserer Schutzbedingungen an den Reichskanzler gewandt, nachdem frühere Bemühungen erfolglos geblieben waren. Aber auch damals wurden die Petitionen nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Allerdings ist 1896 nach dem Seemannsarbeiterkongress eine Enquete veranstaltet worden; als den Erfolg dieser Untersuchungen kann man die Anstellung eines Seemannsinspektors betrachten. In Altona allerdings, wie überhaupt in preussischen Häfen, vermochte man sich nicht einmal zu dieser Maßregel aufzuschwingen. Die sozialpolitische Bedeutung des Seemannsproblems, überhaupt der Wert der Sozialreform für die Seemannsarbeiter, läßt sich daran ermessen, daß es dem Inspektorgebietung ist, den Unternehmern zum Trotz eine Verordnung durchzuführen, welche besagt, daß in Hamburg Hafen nicht länger als sechs und schreibende 36 (1) Stunden hintereinander gearbeitet werden darf. Großen Krankheitsgefahren sind die Seemannsarbeiter ausgesetzt, weil auf den Schiffen durchweg weder genügender Trinkwasser vorhanden ist, noch sanitäre Maßnahmen getroffen sind. Zur Vermeidung der Unfallverhütungsvorschriften fehlt dem Unternehmern zum Teil die gute Wille; ihm ist auch eine Bestimmung zu ziele, wonach der Arbeiter sich vor Beginn der Arbeit zu überzeugen hat, ob alle Arbeitsinstrumente im guten Stande sind. Eine bedenkliche Auslegung dieser Bestimmung hat zur Folge, daß nicht der Unternehmer, sondern der Arbeiter bestraft wird, wenn durch Fahrlässigkeit ein Unfall geschieht. Obwohl der Seemannsinspektor vieles durchgehen läßt, hat er doch voriges Jahr in 937 Fällen Abstellung von Betriebsmängeln anordnen müssen; 9393 Betriebsunfälle im Hafen sind zur Kenntnis der Behörde gekommen. Der Referent schloß dann an drastischen Beispielen wie die Schiffsführer nicht einmal die unzulänglichen Schutzbestimmungen, die in Hamburg bestehen, zu beachten brauchen; die Schiffe löschten, falls den Kapitän oder Heber irgend etwas unbequem wird, wo die Hamburger Anordnungen keine Geltung haben. Dringend notwendig ist daher, daß von Reichs wegen Schutzbestimmungen für die Arbeiter erlassen werden und daß man mit ihrer Durchführung unabhängige Beamte des Reichs betraut.

Als nächst in Berlin, der Vorsitzende des Verbandes der Maschinen- und Seizer, wies darauf hin, daß auch die für die Fischschifffahrt erlassenen Schutzbestimmungen nur auf dem Papier stehen. Es kommt vor, daß Seizer ohne Unterbrechung 50 (1) Stunden arbeiten müssen; in einem Falle ist ein junger Mensch nach 19 Jahren, der nach fünfjähriger Tätigkeit auf den Schiffen ausgerufen hat, nach Anordnung des Schiffsführers mit Wasser begossen und so wieder munter gemacht worden. Die Fischschifffahrer kennzeichnen ihre Ausbeutung als auch ihre Verächtlichkeit dadurch, daß sie sich eine Nachtruhe von nur sechs Stunden gesetzlich sichern wollen. Die Bestimmung der Fischschifffahrt ist nach der Darstellung des Referenten durchweg noch schlechter, als die der Seeschifffahrt; die Entlohnung aber ist so niedrig, daß sich geklammerte Seizer für die Schiffsboten zuweilen überhaupt nicht finden und Handwerksburschen von der Landstraße in Arbeit genommen werden müssen.

In der Diskussion wurden die Ausführungen der Referenten vielfach ergänzt.

Zum Schluß kamen zwei Resolutionen zur Annahme. Die eine verlangt ein Reichsgesetz über die bundesrechtliche Verordnung, wonach die Bestimmungen über die Sonntagsruhe auf die Betriebe der Binnenfrachtschifffahrt und der Binnenhochseeschifffahrt ausgedehnt werden; ferner wird eine nächtliche Ruhezeit von mindestens sechs Stunden, solche für Seizer, Revierschlepper- und Frachtschiffe ein Maximalarbeitszeit von zwölf Stunden gefordert, für die Binnenfrachtschifffahrt auch auf Personendampfer ausgedehnt ist. Alle zwei Wochen sei eine Ruhepause von mindestens 36 Stunden zu gewähren. Ferner wendet sich die Resolution dagegen, daß der Arbeitslohn für Maschinen- und Seizer in der Gestalt prozentualer Anteilnahme am Frachtergebnis gezahlt wird. Dies System des sogenannten „Prozentfahrens“ führt, wie die Erfahrung lehrt, zu strafbaren Handlungen, in erster Linie zur Verelendung und Verteilung der Zehntelrenten, wodurch eine höhere als die zulässige Dampfpannung herbeigeführt und die Schiffsfracht sowie die Fahrgeschwindigkeit erhöht werden soll. Dies verurteilungswürdige System

gefährdet den Betrieb, sowie Leben, Gesundheit, Lab und Gut; es führt zur Schädigung, zu willkürlicher Entlassung und Mißregelung.

In einer zweiten Resolution werden für die in Hafenbetrieben und die bei der Binnenfrachtschifffahrt und Fischer beschäftigten Arbeiter gefordert: wirksame Schutzbestimmungen für das gesamte deutsche Reich, Festlegung einer Maximalgrenze für die im Höchstmaß zu leistende Arbeit, Anstellung von Seemannsinspektoren durch das Reich, Anstellung von Inspektoren, deren Wahl durch die Berufsorganisationen vorzunehmen ist und Bestimmungen über die Beschaffenheit einzuführender sanitärer Einrichtungen zum Schutz der Arbeiter auch bei Unfallsfällen.

Die am Dienstag fertiggestellte Präsenzliste des Kongresses ergab, daß der Seemannsverband 8 Delegierte entsandt hatte, der Verband der Seemannsarbeiter 10, der Schiffszimmererverband 3, der Metallarbeiterverband 27, der Verband der Maschinen- und Seizer 9, der Holzarbeiterverband 14, der Zentralverband der Schmiebe 5, der Verband der Kupferbeschleibe 5, der Verband der Fabrikarbeiter 2, die lokale Vereinigung der Schiffbauer 2 Delegierte. Außerdem befanden sich unter den 102 Teilnehmern am Kongress die Reichstagsabgeordneten Kisten, Meyer, Schmalfeldt und Robert Schmitt. Als Gast war am Dienstag der antisemitische Reichstagsabgeordnete Noab, der in Hamburg seinen Wohnsitz hat, anwesend.

Am Freitag und letzten Verhandlungstage beschäftigte sich der Kongress mit der Unfall- und Erkrankungsgefahr der Arbeiter auf den deutschen Schiffen. Hierzu hielt Arbeitersekretär Wiesel-Lübke ein ausgezeichnetes Referat, worin er die immense Ermüdung schilderte, die der deutsche Seemann im letzten Menschenalter genommen hat. Die wohl einzig bestehende Umwälzung, welche der Übergang vom Holzschiff zum Stahlschiff mit sich brachte, hat den Unternehmern zwar beträchtlichen Gewinn gebracht, die Verhältnisse der Arbeiter jedoch besonders insofern verschlechtert, als die Unfallgefahr im Schiffbau eine erschreckliche Höhe erreicht hat. Ebenso ist die Erkrankungsgefahr außerordentlich hoch. Eingehend legte der Redner dar, wie Mangel an sanitären und Schutzeinrichtungen diese der Abhilfe dringend bedürftigen Zustände hervorgerufen haben. Lebhafte und wohlverdienter Beifall folgte diesem Referat. Nach kurzer Diskussion stimmte der Kongress einer Resolution zu, aus der wir folgendes hervorheben:

„Der Kongress lenkt die Aufmerksamkeit der Reichsbehörden auf die außerordentlich hohen Unfall- und Erkrankungsgefahren in der Schiffbauindustrie, die durch die dort herrschende Arbeitsweise verursacht werden. Der Kongress erwartet, daß die Behörden es den Gewerbeaufsichtsbeamten bringen zur Pflicht machen, ihre besondere Aufmerksamkeit diesen Betrieben (einschließlich der Reichs- und Staatsbetriebe) zuzuwenden.“

Da die letzten gesetzlichen Bestimmungen eine ausreichende Bewachung der Betriebe nicht zur Folge gehabt haben, fordert der Kongress die Regierung auf, so schnell wie möglich einen Gesekentwurf vorzulegen, worin ausreichende Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der in Schiffbaubetrieben beschäftigten Arbeiter enthalten sind. In diesem Gesekentwurf müssen unter anderem Bestimmungen enthalten sein, wonach:

1. die Arbeiter berechtigt sind, aus ihren Reihen Kontrolloren zu stellen, die den Auftrag haben, Geräte, Stellungen, Arbeitsmittel und Werkzeuge vor der Benutzung auf ihre Sicherheit zu prüfen und die gesundheitlichen Einrichtungen (Ventilation, Beleuchtung gefährlicher Stellen) auf genügende Beschaffenheit und Menge zu untersuchen; ferner müssen die Kontrolloren die Befugnis besitzen, den Beginn oder die Fortführung der Arbeit zu verhindern, solange die genannten Einrichtungen nicht in genügendem Maße vorhanden oder im Verlauf der Arbeit so unbrauchbar geworden sind, daß sie nicht genügenden Schutz vor Unfall- und Erkrankungsgefahr bieten;
2. muß der Gesekentwurf Vorschriften zur Verkürzung der Arbeitszeit sowie zur Einschränkung der Überstunden, endlich der Nacht- und Sonntagsarbeit enthalten;
3. muß der Gesekentwurf eine Bestimmung enthalten, wonach gefährliche Arbeiten ausschließlich in Zeltlohn auszuführen sind.

Zur Durchführung dieser Bestimmungen bedarf es aber nicht nur der eifrigen Hilfe der in Frage kommenden Arbeiter, sondern es ist auch notwendig, daß diese sich mehr als bisher der Tatsache bewußt werden, daß nur dann eine Besserung ihrer Lage eintreten kann, wenn sie sich in ihrer Gesamtheit den zuständigen Gewerkschaften anschließen. Den in den Schiffbaubetrieben vertretenen Gewerkschaften ist die Aufgabe zuzuwenden, über die Unfälle und die Berufskrankheiten der Arbeiter ihrer Branche fortlaufend Statistik zu führen.“

Ferner stimmte der Kongress einer Resolution zu, worin

die Errichtung einer künftigen Schiffs-Kommission für erwerbslos wert erachtet wird.

Genosse Alois Stuttgart schloß dann den wichtigen und für die Arbeiterklasse hoffentlich segensreichen Kongress mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. März.

\* **Deutschnationaler Größenwahn.** Der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hielt hier am Sonntag seinen „Schlesischen Gantag“ ab, den der Verbandsvorsteher, der Reichstagsabgeordnete Schaf, durch seine Anwesenheit verschönte. Der Herr ist sowohl durch seine strupellose Agitation, als auch durch seine Wahlschulden bekannt, die jetzt durch „freiwillige“ Beiträge von den einzelnen Ortsgruppen gedeckt werden müssen. Wie immer nahm Herr Schaf auch diesmal den Mund recht voll. Nach den Vereichten hiesiger Zeitungen sprach er die Hoffnung aus, „daß die Zukunft ebenso gesegnet sein möge, wie es das vergangene Jahr für Schlesien gewesen sei. Der deutschnationale Handlungsgehilfenverband unterscheidet sich in einem Punkte wesentlich von allen kaufmännischen Vereinen: durch sein einheitliches Wollen, (1) und solange er das beharrt, werde er auch in seiner gesamten Arbeit auf Erfolge zurückblicken können.“ Gut deutschnationaler Phrasendrusch! Gibt es doch kaum eine andere wirtschaftliche Interessenvertretung, abgesehen von den alten Verbänden, mit einer solch großen Mitgliederzahl — der genannte Verband zählt sich, deren über 75,000 zu besitzen, — die auf solch geringe positive Erfolge seiner Tätigkeit zurückblicken kann. Kapitalere Forderungen, die den Handlungsgehilfen Wunderdinge vorzukaufen, stehen nur in reifenhafter Breite auf seinem Programm; an jeglicher Energie, die doch durch solch eine bedeutende Anzahl von Mitgliedern einen breiten Rückhalt haben würde, mangelt es vollkommen, und in der wirtschaftlichen Kleinarbeit, in der Aufhebung von Mißständen in einzelnen Betrieben, in gewerkschaftlicher Mithilfe seiner Mitglieder verlagert der Verband vollen, denen ein besonderes „Standesbewußtsein“ eingeflößt wird. Wir wissen auch von einzelnen Fällen, wo die deutschnationalen Gelben Streikbrecherdienste leisteten; zu ernsthaften Lohnbewegungen im Handelsgebetriebe fehlte ihnen jeglicher Mut. Und das kann ja auch nicht anders sein: ist doch dieser Verband mit dem mittelständereiterischen Antisemitismus aufs engste koaliert, und eine zielbewusste Bewegung unter den Gehilfen würde jenen guten Freunden gar wehe tun. Leiden müssen darunter die Gehilfen, für die so ernsthafte positive Arbeit nicht geleistet werden kann und die mit einem Phrasenschwall von den „Verdiensten“ des Verbandes eingelullt werden. Somit kann es nicht Wunder nehmen, wenn die Berichte von dem „Gantag“ verzeichnen, daß sich Gantagung und Ortsgruppen an den verschiedensten sozialpolitischen Arbeiten beteiligt haben, die Erfolge aber als außersehr gering bezeichnet werden.

Die Warenhäuser bedient der Deutschnationale Verband bekanntlich mit dem ganzen Haß seiner mittelständereiterischen Seele. Mit Freude aber können wir konstatieren, — und gerade aus dem vorliegenden Bericht, — daß er in einer Beziehung von den „Kamschazaren“ viel, sehr viel gelernt hat: In jener sein ausgeklügelten, raffinierten Heilame, die die Hauptfolge des Verbandes zu bebingen scheint. Wir lesen da von „Verbereisen“, die denjenigen Ortsgruppen zuzuschicken, deren „Verbereitigkeit“ eine bestimmte Anzahl Mitglieder eingezogen hat; wir hören ferner von

## Aus aller Welt.

**Das Verbrechen von Courrières.** Im Grubengebiet wüthet der Grubenbrand noch immer fort. Neuerdings konnten nur drei völlig unferntliche Leichen herausgeholt werden. Man ist mit größter Anstrengung bemüht, das Feuer zu bekämpfen, doch scheint dessen Herd sich immer mehr auszudehnen. Zu der Meldung, daß die deutsche Rettungsmannschaft der von der Volks-Universität zu Paris ausgebrochenen Einladung zu einem Besuch der französischen Hauptstadt am 21. März Folge zu leisten beabsichtigt hätte, wird von zuständiger Seite aus Essen gemeldet: Tatsächlich ist diese zunächst auf dienstlichen Wege erlangene Einladung alsbald nach dem Eintreffen der in der Devesche in Aussicht gestellten brieflichen Wiederholung in höflicher Form mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Abwesenheit der deutschen Rettungsmannschaft von Billy-Montigny unzulässig ist, so lange noch die Bergbauarbeiten im Gange sind. Die deutsche Volkswacht, an die sich die Einladenden ebenfalls gewandt hatten, ist gleichzeitig von dieser Ablehnung benachrichtigt worden. — Hoffentlich wird es bei der Ablehnung bleiben.

**Von der Feuerbestattung.** Der Gedanke der Feuerbestattung macht immer weitere Fortschritte und zwingt nunmehr Preise zur Kapitulation, die bisher zu den schroffsten Gegnern der Flammbestattung gehörten. Eben wird gemeldet, daß die erste säkularische Kammer der Regierungsentwurf über die Feuerbestattung mit unvorteiliger Änderung angenommen hat. Wann wird Preußen, das in Deutschland bekanntlich vorangeht, den Spuren Sachsens folgen?

**Die gereizte Eitelkeit.** Aus Aachen wird geschrieben: Bei der aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars von der höchsten höheren Mädchenkategorie St. Leonhard in Aachen veranstalteten Feier wurde zu einem Regen auch das alte schöne Volkslied: „O Straßburg, o Straßburg, du wunderliche Stadt“ gesungen. Der Vers: „Wann gleicht sie schwarzbraun Mädchen so bitter wie ich weint“ war aber als stichbildhaft anständig befähigt worden. Statt dessen erklang es ebenfalls vortrefflich wie schwingend: „Wann gleicht sie alte Mutter (1) so bitter wie ich weint. Zum Schluß hieß es entsprechend: „Gute Nacht, mein herzliches Schäschen“, jetzt „Gute Nacht, mein lieber Junge.“ Und die Eitelkeit war wieder einmal gereizt!

**„Schwarze Haub“** wird in irgend einem Roman besserer Sorte eine Verbindung genannt, deren Ziel die Ausbeutung reicher Leute mittelst Drobbriete ist. Diesen Roman studierte auch der am

4. November 1886 in Meißa bei Chemnitz geborene Schriftsteller Richard Reno Wähler und fand die Methode, reich zu werden ganz bequem. Er setzte sich also hin, nahm Tinte und Feder und schrieb an Lord Falkour in London, der ihm zunächst als das amerikanische Direkt erliehen. In dem Brief hezeichnete er sich als Präsident von der Verbindung „Schwarz und Gold“, die über ganz Amerika und Europa verbreitet sei und forderte ohne weiteres 5000 Pfund Sterling. Sollte sich der Lord widrigen oder gar Anzeige erlassen, so habe er auch die „unschätzbaren Isolan“ für sich und seine Familie zu tragen. Also das Geld sofort an „Wähler, Postamt Limbach“ schicken, sonst... Der Lord schenkte sich aber auch was gern von seinem Gelde zu trennen, er übergab den Brief der Staatsanwaltschaft und wurde verhaftet, als er am 1. März in Limbach das Geld von der Post holen wollte. Wegen verurtheilter Erbreußen wurde der noch unbescholtene R. vom Landgericht Chemnitz zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

**Eine Traurige Begebenheit für Heine.** Im zweiten seiner Frankfurter Hochflucht über Heine hat Herr Professor Erich Schmidt aus Berlin, nach einem Bericht der „Frankf. Btg.“ die Aeußerung getan:

„Hätte er (Heine) damals für die schlimmsten Schimpfworte mal eine Tracht Prügel bekommen, so wäre das kein großes Unglück gewesen, aber es ist doch wahrhaftig nicht nötig, heute deshalb Entschuldigungsverfamillungen abzuhalten!“

Wir verstehen offen, daß uns alle antisemitischen Entschuldigungsverfamillungen harmlos dünken, als diese erschlauichte Ansicht eines deutschen Literaturreferenten und angeblichen Verächters von Heinrich Heine.

**Zur die Erdbebenkatastrophe auf Formosa** sind, wie dem „Daily Telegraph“ aus Tokio gemeldet wird, nach dem Bericht des dortigen Generalgouverneurs 6163 Personen verletzt und 2677 Häuser zerstört worden.

**25 Personen umgekommen.** Dem „New Yorker Herald“ zufolge sind durch einen Orkan in Mississippi 25 Menschen umgekommen. Der Schaden beträgt mindestens 25 Millionen Dollar.

**Tragödie eines Ehepaars.** Am Montag Abend wurde der 53jährige Stubenmaler Moritz Krausemann und seine 56jährige Frau Auguste in ihrer Wohnung in der Passauerstraße 25 zu Berlin vergiftet aufgefunden. Beide hatten in gelblicher Ehe gelebt, verloren aber vor einem Monat ihr einziges Kind, ein wahnwitzig hohes Mädchen, das seit Jahren an der Schwindsucht gelitten hatte. Der Eltern bemächtigte sich darauf eine große Schwermut. Eine von ihnen wenigen Bekannten, eine Frau M. in Charlottenburg, erhielt von ihnen einen Brief, in dem sie mittheilten, daß sie nach dem Verlust ihrer Tochter lebensüberdrüssig seien und gemeinsam in den Tod gehen wollten. Auf Veranlassung dieser Frau wurde die Wohnung der Eheleute gezwangsweise betreten. Man fand Mann und Frau im Bett als Leichen. Auf einem da-

ebenstehenden Tisch stand ein Glas Wasser, das Gift — wahrscheinlich Arsenik — enthielt.

**Alkoholverbot im Eisenbahndienst.** Das Alkohol-Verbot des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten beschränkt sich bekanntlich auf das im Betriebsdienst tätige und mit diesem in enger Verbindung stehende Personal. Bei den herrschenden Trinklitten und -Vorurteilen ist es unermesslich, daß dieses Personal sich dadurch den anderen Berufsangehörigen gegenüber benachteiligt, zurückgesetzt fühlt. Weiterhin wird die Durchführung des durch die letzten bedauerlichen Vorkommnisse (bei Spremberg, Zillst, Czernitz in Oberschlesien) gezielten Verbots auch dadurch erschwert, daß die oberen Beamten in das Verbot bisher nicht ausdrücklich einbezogen waren. Unter diesen Gesichtspunkten ist es als ein erfreulicher Fortschritt zu betrachten, daß verschiedene Eisenbahndirektionen (Kassel, Halle, Stralsburg) sich bereits verantwortlich gesehen haben, das ministerielle Verbot ausnahmslos auf alle ihnen unterstellten Beamten und Arbeiter auszudehnen. Die Direktion Kassel hat dabei ausdrücklich bemerkt: „Selbstverständlich trifft das Verbot des Alkoholenusses während des Dienstes auch die sämtlichen höheren Beamten, und gerade von ihnen muß erwartet werden, daß sie den übrigen Bediensteten mit gutem Beispiel vorangehen.“ Einzelne lokale Behörden (Inspektionen) sind noch weiter gegangen und haben — im Hinblick auf die erwiesenermaßen gemeinsame Zeit anhaltenden lästigen Wirkungen größerer Mengen — den Genuß alkoholischer Getränke auf mindestens acht Stunden vor Dienstbeginn unterbunden. Das entspricht vollständig den Forderungen, die der Deutsche Verein eisenbahner Eisenbahner und andere auch in einer kürzlich an den Reichstag und die Landtage sämtlicher deutscher Bundesstaaten mit Staatsbahnen gerichteten Eingabe, aufgestellt hat. Als ein weiterer bemerkenswerter Erfolg seiner Bestrebungen darf eine vortreffliche nachahmenswerte Anordnung der mecklenburgischen Staatsbahnverwaltung bezeichnet werden, wonach ihren Bediensteten in den Bahnhofslokalkaffen alkoholische Getränke zur Gänze verboten sind, während die Publikum festgesetzten Preise zu verabfolgen sind, während die bis herge — auch in Preußen bislang allgemein übliche — Preisermäßigung für alkoholische Getränke gänzlich in Fortfall kommt.

Jetzt fehlt vor allen Dingen noch, daß die Eisenbahner die Erlaubnis erhalten, sich in voller Freiheit gewerkschaftlich und politisch zu vereinigen. Wieviel diese Erlaubnis aus, dazu — führten wir — wird das Alkoholverbot im dienstlichen Reichsbundes nur noch mehr Mädel, Streberel und Begerel zur Folge haben. Der Suss aber wird weiter gegeben, denn der Mann nur durch die Selbstzucht reifer und freier Menschen befestigt werden.

etner „Gast-Gesellschaft“, die sich in den nächsten Tagen...  
 zum Schluß aber wird dem Kom-Kom die Krone aufgesetzt: Im nächsten Jahre soll ein „erster (festlicher) Gedenktag“ anberufen werden! Vielleicht hofft der Verband, bis zum nächsten Jahre sämtliche schlesischen Gewerkschaften in seine Arme geschlossen zu haben. Wir werfen noch die Frage auf: Werden die Oester-Teutonen auf ihrem „schlesischen Gedenktag“ auch die schlesischen Gewerkschaften vertreten, die der Deutschnationale Verband nicht aufnimmt und die doch in Schlesien ziemlich zahlreich vorhanden sind?  
 Man muß bei diesem Verband an einen Koloss auf internen Füßen denken, der, in seinen eigenen inneren Widersprüchen verwickelt, vor dem allgewaltigen Sturmwinde des Kapitalismus und der damit bedingten Entfremdung von der Notwendigkeit des Klassenkampfes hinweggefegt werden wird.  
 \* Die Arbeitervereine sind nicht politisch. In Düsseldorf war von der dortigen Polizeibehörde der Arbeiter-Turnerbund als ein politischer Verein angesehen worden. Man hatte deshalb den Vereinsvorsitzenden zur Einreichung der Mitgliederliste aufgefordert und, da er das verweigerte, hatte die Polizei gegen ihn eine Strafverfügung erlassen, die vom Schöffengericht bestätigt wurde. Die Strafkammer als Berufungsinstanz dagegen erkannte auf kostenlose Freisprechung. Durch die Beteiligung einzelner Mitglieder an sozialdemokratischen Versammlungen sei kein ausreichender Beweis erbracht, daß der Verein als solcher sozialdemokratische Ziele verfolge, und was die Mitglieder außerhalb des Vereins für eine politische Organisation betätigen, gehe den Verein gar nichts an. Vielleicht werden sich diese Entscheidung auch die Behörden anderer Orte ins Stammbuch.  
 \* Der Zimmerer-Verband hielt am Mittwoch Abend im Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitglieder-Versammlung ab. Kamerad Scham referierte über die Arbeiterbewegung und die Rechtsprechung in derselben. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der durch eine Reihe von Beispielen an Breslauer Kameraden, die zu Invaliden geworden waren, die Ungünstigkeit der Arbeiterversicherung dargelegt wurde. Man beschäftigte sich sodann mit dem Saalboykott. Mehrere Zimmerer sind in hochotterten Lokalen gesehen worden. Der Verband hat selber bereits einmal beschlossen, daß solche Kameraden als Streikbrecher zu behandeln und aus dem Verbands ausschließen seien. Die gestrige Versammlung beschloß nun, die Betroffenen diesmal noch mit einer zahlenden Buße von 3 Mk. davonkommen zu lassen. Das Ergebnis der Arbeitslosenstatistik für den Monat Februar ist folgendes: Es waren 52 Kameraden zusammen 511 Tage arbeitslos. Unterstützung erhielten hiervon 46 Kameraden für die Dauer von 629 Tagen mit 335 Mk. Die übrigen hatten vor Ablauf der Karenzzeit wieder Beschäftigung gefunden. Im März wurden in den einzelnen Wochen ebenfalls bereits 51, 56 und 64 Mk. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt, während den ganzen Winter hindurch nur 1 Mk. Unterstützung zu zahlen war. Gegenwärtig sind 28 Kameraden arbeitslos. Der Ortsverwaltung wurde zum Schluß aufgegeben, der nächsten Versammlung die rechtlichen Grundlagen zu dem betreffenden Plane der Anstellung eines Sozialbeamten vorzulegen.  
 \* Eine unlautere Geschichte beschäftigte monatelang das hiesige Kaufmannsgewerbe. Bevor sie nun ihre Erledigung fand. Der Kaufmann Berger verlangte von dem Güterdirektor

„Wieder, von dem in die „Güterdirektion“ angenommen...  
 was, aber doch wenigstens angenommen seit 1905, 400 Mark...  
 Güterdirektion...  
 \* Bekannte Fische. In der Casseler, die am 20. d. Mis. aus der alten Ober gelandet wurde, ist eine 56 Jahre alte Drensefrau von der Döberstraße 17 erkannt worden.  
 \* Bekannte Fische. Am 21. d. Mis. Nachmittags trat ein Arbeiter in seiner Wohnung Weisgerberstraße 10 eine Menge Salzlake. Er ließ dann schnell aus der Wohnung, kam aber nur bis auf die Mittellaststraße, wo er hilflos zusammenbrach. Er erfolgte alsbald seine Aufnahme im Krankenhaus.  
 \* Mithras-Tod. Ein Kanalarbeiter wurde am 22. d. M. auf der Mittelstraße von Unwohlsein befallen. Er wurde in ein Haus getragen, worin ein Arzt gerufen wurde, der nur noch den inzwischen eingetretenen Tod des Mannes feststellen konnte.  
 \* Feuer. Im Hofraum des Grundstücks Klosterstraße 8 geriet am 21. d. Mis. Abend, einige Kisten mit Nachprob in Brand, so daß die Feuerwehre in Tätigkeit treten mußte.  
 \* Verhaftet wurde eine Waise und deren Schwester, die im Verdacht stehen, Nachts einem Schmiedemeister 40 Mark entwendet zu haben.  
 \* Gefallen wurden einem Dienstmädchen in einem Buchladen auf der Döberstraße ein Portemonnaie mit 4,50 Mark, zwei goldene Schmuckstücke, einer Kaufmannsfräule in einem Geschäft am Ring ein Portemonnaie mit 4 Mark und aus einer Wohnung am Döberplatz mittels Einbruchs u. a. zwei Kisten Zigareten, ein Paar Stiefel und ein Hut.  
 \* Politische Verhaftungen. In der Polizeigefängnis wurden am 21. d. Mis. 27 Personen eingeliefert. — darunter wurden: ein silberner Anhänger, stoffl. Westen, ein Fächer und ein Tracing. — Ab haben kamen: eine Granatbombe und eine goldene Damenuhr.  
 \* Die Arbeitervereine sind nicht politisch. In Düsseldorf war von der dortigen Polizeibehörde der Arbeiter-Turnerbund als ein politischer Verein angesehen worden. Man hatte deshalb den Vereinsvorsitzenden zur Einreichung der Mitgliederliste aufgefordert und, da er das verweigerte, hatte die Polizei gegen ihn eine Strafverfügung erlassen, die vom Schöffengericht bestätigt wurde. Die Strafkammer als Berufungsinstanz dagegen erkannte auf kostenlose Freisprechung. Durch die Beteiligung einzelner Mitglieder an sozialdemokratischen Versammlungen sei kein ausreichender Beweis erbracht, daß der Verein als solcher sozialdemokratische Ziele verfolge, und was die Mitglieder außerhalb des Vereins für eine politische Organisation betätigen, gehe den Verein gar nichts an. Vielleicht werden sich diese Entscheidung auch die Behörden anderer Orte ins Stammbuch.  
 \* Der Zimmerer-Verband hielt am Mittwoch Abend im Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitglieder-Versammlung ab. Kamerad Scham referierte über die Arbeiterbewegung und die Rechtsprechung in derselben. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der durch eine Reihe von Beispielen an Breslauer Kameraden, die zu Invaliden geworden waren, die Ungünstigkeit der Arbeiterversicherung dargelegt wurde. Man beschäftigte sich sodann mit dem Saalboykott. Mehrere Zimmerer sind in hochotterten Lokalen gesehen worden. Der Verband hat selber bereits einmal beschlossen, daß solche Kameraden als Streikbrecher zu behandeln und aus dem Verbands ausschließen seien. Die gestrige Versammlung beschloß nun, die Betroffenen diesmal noch mit einer zahlenden Buße von 3 Mk. davonkommen zu lassen. Das Ergebnis der Arbeitslosenstatistik für den Monat Februar ist folgendes: Es waren 52 Kameraden zusammen 511 Tage arbeitslos. Unterstützung erhielten hiervon 46 Kameraden für die Dauer von 629 Tagen mit 335 Mk. Die übrigen hatten vor Ablauf der Karenzzeit wieder Beschäftigung gefunden. Im März wurden in den einzelnen Wochen ebenfalls bereits 51, 56 und 64 Mk. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt, während den ganzen Winter hindurch nur 1 Mk. Unterstützung zu zahlen war. Gegenwärtig sind 28 Kameraden arbeitslos. Der Ortsverwaltung wurde zum Schluß aufgegeben, der nächsten Versammlung die rechtlichen Grundlagen zu dem betreffenden Plane der Anstellung eines Sozialbeamten vorzulegen.  
 \* Eine unlautere Geschichte beschäftigte monatelang das hiesige Kaufmannsgewerbe. Bevor sie nun ihre Erledigung fand. Der Kaufmann Berger verlangte von dem Güterdirektor

Wieder, von dem in die „Güterdirektion“ angenommen...  
 was, aber doch wenigstens angenommen seit 1905, 400 Mark...  
 Güterdirektion...  
 \* Bekannte Fische. In der Casseler, die am 20. d. Mis. aus der alten Ober gelandet wurde, ist eine 56 Jahre alte Drensefrau von der Döberstraße 17 erkannt worden.  
 \* Bekannte Fische. Am 21. d. Mis. Nachmittags trat ein Arbeiter in seiner Wohnung Weisgerberstraße 10 eine Menge Salzlake. Er ließ dann schnell aus der Wohnung, kam aber nur bis auf die Mittellaststraße, wo er hilflos zusammenbrach. Er erfolgte alsbald seine Aufnahme im Krankenhaus.  
 \* Mithras-Tod. Ein Kanalarbeiter wurde am 22. d. M. auf der Mittelstraße von Unwohlsein befallen. Er wurde in ein Haus getragen, worin ein Arzt gerufen wurde, der nur noch den inzwischen eingetretenen Tod des Mannes feststellen konnte.  
 \* Feuer. Im Hofraum des Grundstücks Klosterstraße 8 geriet am 21. d. Mis. Abend, einige Kisten mit Nachprob in Brand, so daß die Feuerwehre in Tätigkeit treten mußte.  
 \* Verhaftet wurde eine Waise und deren Schwester, die im Verdacht stehen, Nachts einem Schmiedemeister 40 Mark entwendet zu haben.  
 \* Gefallen wurden einem Dienstmädchen in einem Buchladen auf der Döberstraße ein Portemonnaie mit 4,50 Mark, zwei goldene Schmuckstücke, einer Kaufmannsfräule in einem Geschäft am Ring ein Portemonnaie mit 4 Mark und aus einer Wohnung am Döberplatz mittels Einbruchs u. a. zwei Kisten Zigareten, ein Paar Stiefel und ein Hut.  
 \* Politische Verhaftungen. In der Polizeigefängnis wurden am 21. d. Mis. 27 Personen eingeliefert. — darunter wurden: ein silberner Anhänger, stoffl. Westen, ein Fächer und ein Tracing. — Ab haben kamen: eine Granatbombe und eine goldene Damenuhr.  
 \* Die Arbeitervereine sind nicht politisch. In Düsseldorf war von der dortigen Polizeibehörde der Arbeiter-Turnerbund als ein politischer Verein angesehen worden. Man hatte deshalb den Vereinsvorsitzenden zur Einreichung der Mitgliederliste aufgefordert und, da er das verweigerte, hatte die Polizei gegen ihn eine Strafverfügung erlassen, die vom Schöffengericht bestätigt wurde. Die Strafkammer als Berufungsinstanz dagegen erkannte auf kostenlose Freisprechung. Durch die Beteiligung einzelner Mitglieder an sozialdemokratischen Versammlungen sei kein ausreichender Beweis erbracht, daß der Verein als solcher sozialdemokratische Ziele verfolge, und was die Mitglieder außerhalb des Vereins für eine politische Organisation betätigen, gehe den Verein gar nichts an. Vielleicht werden sich diese Entscheidung auch die Behörden anderer Orte ins Stammbuch.  
 \* Der Zimmerer-Verband hielt am Mittwoch Abend im Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitglieder-Versammlung ab. Kamerad Scham referierte über die Arbeiterbewegung und die Rechtsprechung in derselben. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der durch eine Reihe von Beispielen an Breslauer Kameraden, die zu Invaliden geworden waren, die Ungünstigkeit der Arbeiterversicherung dargelegt wurde. Man beschäftigte sich sodann mit dem Saalboykott. Mehrere Zimmerer sind in hochotterten Lokalen gesehen worden. Der Verband hat selber bereits einmal beschlossen, daß solche Kameraden als Streikbrecher zu behandeln und aus dem Verbands ausschließen seien. Die gestrige Versammlung beschloß nun, die Betroffenen diesmal noch mit einer zahlenden Buße von 3 Mk. davonkommen zu lassen. Das Ergebnis der Arbeitslosenstatistik für den Monat Februar ist folgendes: Es waren 52 Kameraden zusammen 511 Tage arbeitslos. Unterstützung erhielten hiervon 46 Kameraden für die Dauer von 629 Tagen mit 335 Mk. Die übrigen hatten vor Ablauf der Karenzzeit wieder Beschäftigung gefunden. Im März wurden in den einzelnen Wochen ebenfalls bereits 51, 56 und 64 Mk. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt, während den ganzen Winter hindurch nur 1 Mk. Unterstützung zu zahlen war. Gegenwärtig sind 28 Kameraden arbeitslos. Der Ortsverwaltung wurde zum Schluß aufgegeben, der nächsten Versammlung die rechtlichen Grundlagen zu dem betreffenden Plane der Anstellung eines Sozialbeamten vorzulegen.  
 \* Eine unlautere Geschichte beschäftigte monatelang das hiesige Kaufmannsgewerbe. Bevor sie nun ihre Erledigung fand. Der Kaufmann Berger verlangte von dem Güterdirektor

**Versammlungen und Vereine.**  
**Breslau.**  
**Gewerkschaftshaus.**  
**Zur Partei-Sekretariat.**

Neue Graupenstraße 6/8, III., werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Belegzettel auf die „Volksmacht“ zu haben.

**Breslauer Adreßbuch.**

Der Nachtrag zum Adreßbuch 1906 erscheint Ende April und wird an alle Abnehmer der Hauptausgabe unentgeltlich verabfolgt. Zum Zwecke der Erreichung größter Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten dringend gebeten,

**Anmeldungen für den Nachtrag**

möglichst umgehend, spätestens bis zum 5. April, der Redaktion des Adreßbuchs, Schweidnitzer Straße 11, zugehen zu lassen. Insbesondere beliebe man bis zu diesem Tage Mitteilung zu machen von Geschäfts-Eröffnungen und Verlegungen, von Wohnungs- und Grundbesitz-Veränderungen, die seit Erscheinen des Buches stattgefunden haben und noch nicht berücksichtigt sind oder zu einem jetzt schon feststehenden Zeitpunkt im laufenden Jahre stattfinden werden.

**August Scherl,**  
 Deutsche Adressbuch-Gesellschaft m. b. H.

Eine geringe Anzahl von Exemplaren „Breslauer Adreßbuch 1906“ sind noch in der Expedition, Schweidnitzer Straße 11, wohin unsere Redaktion und Expedition verlegt sind, zu haben.